

Un seul monde Un solo mondo Eine Welt



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA

NR. 1 / MÄRZ 2017
DAS DEZA-MAGAZIN
FÜR ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT
www.deza.admin.ch

Warum nicht gleich?

Ohne Gleichstellung
der Geschlechter keine
nachhaltige Entwicklung

Nepals Arbeitsmigration
Gewichtiger Wirtschaftsfaktor –
Wagnis für die Betroffenen

Agenda 2030
Die Schweiz analysiert
ihren Handlungsbedarf

Inhalt

DOSSIER



GENDER

6 Gleichstellung nützt und hilft allen

Die internationale Gemeinschaft will bis in 15 Jahren die Diskrepanzen bei der Gleichstellung der Geschlechter beseitigen

11 «Noch zu viele Ungleichheiten»

Interview mit Phumzile Mlambo-Ngcuka, Exekutivdirektorin von UN Women

13 Tabuisierte Übergriffe

Sexuelle Gewalt wird im Bürgerkrieg im Südsudan systematisch als Kriegswaffe eingesetzt

14 Befreiendes Zusatzeinkommen

In Afghanistan schafft ein Schweizer Projekt Einkommensquellen für Frauen und ermöglicht ihnen damit gleichzeitig mehr Bewegungsfreiheit

16 Frauen zuoberst auf die Liste

In die politischen Gremien von Benin sollen gezielt mehr Frauen einziehen

17 Facts & Figures

HORIZONTE



18 Die Nepalesen suchen ihr Glück im Ausland

In Nepal ist die Arbeitsmigration zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor herangewachsen – für die Betroffenen selber birgt sie beträchtliche Risiken

21 Aus dem Alltag von ...

Diepak Elmer, stellvertretender Missionschef der Schweizer Botschaft in Kathmandu

22 Noch ist es ein weiter Weg

Mohna Ansari über ihre Karriere als Anwältin für Minderheiten und Gleichberechtigung von Frauen

DEZA



23 Respektvolle Pflege

In Polen verfolgen vier Pilotprojekte der DEZA neue Ansätze im Gesundheitswesen

24 Stärker als der Terror

Ein psychosoziales Projekt in Niger hilft Opfern der Terrorgruppe Boko Haram ihre Traumata loszuwerden und einen neuen Lebenssinn zu finden

FORUM



27 Auf dem Weg zu einer besseren Welt

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung löst auch in der Schweiz Handlungsbedarf aus – doch bereits die entsprechende Analyse ruft Kritik hervor

29 Marokko – stossweises Vorwärtkommen

Carte blanche: Der Marokkaner Driss Ksikes über das regelmässige aufwallende Unbehagen seiner Landsleute

KULTUR



30 Bangladeschs junge Fotogarde

Die Werke junger Fotografinnen und Fotografen aus Bangladesch bieten faszinierende Einblicke in das Leben und die Kultur ihrer Heimat

3 Editorial

4 Periskop

26 Einblick DEZA

33 Service

35 Fernsucht mit Talkhon Hamzavi

35 Impressum

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), die Agentur der internationalen Zusammenarbeit im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), ist Herausgeberin von «Eine Welt». Die Zeitschrift ist aber keine offizielle Publikation im engeren Sinn; in ihr sollen auch andere Meinungen zu Wort kommen; deshalb geben nicht alle Beiträge zwangsläufig den Standpunkt der DEZA und der Bundesbehörden wieder.

Editorial



Gleichstellung braucht keine Rechtfertigung

Trotz meiner Schwäche für die englische Sprache versuche ich, Anglizismen zu vermeiden. Auch vermeintliche, wie das notorische Handy. Aber es gibt Ausnahmen. Am Morgen starte ich im Büro meinen Computer und im Café mit der grünen Meerprinzessin bestelle ich einen Tall Latte (versuchen Sie das mal auf Deutsch!). Ein Spezialfall ist Gender. Eine Übersetzung ist möglich, aber unbefriedigend: Geschlecht und Gender bedeuten nun einmal nicht dasselbe. Oft wird Gender mit «rechtlicher Gleichstellung der Geschlechter» umschrieben. Tatsächlich hat die Gleichberechtigung von Frau und Mann in vielen Ländern Verfassungsrang, so auch in der Schweiz (BV Art. 8). Damit ist es aber bekanntlich nicht getan, sonst hätten wir für diese Ausgabe von «Eine Welt» sicher ein anderes Dossier-Thema gewählt.

Ein jüngerer Bericht des WEF setzt die Schweiz punkto Umsetzung der Gleichberechtigung auf Rang 8 von 145 Ländern; vor uns liegt u.a. Ruanda (tatsächlich wurde ich dort letztes Jahr in den Ministerien auf höchster Stufe praktisch ausschliesslich von Frauen empfangen). Während wir in den Bereichen Bildung und Gesundheit gut dastehen, sind Schweizer Frauen in Politik und Wirtschaft untervertreten. Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist für alleinerziehende Mütter eine besondere Herausforderung. Erwerbstätige Frauen sind doppelt so oft von Armut betroffen wie Männer und verdienen im Schnitt 20 Prozent weniger für die gleiche Arbeit, weibliche Führungskräfte gar 30 Prozent. Das lässt sich bloss teilweise erklären – etwa mit Erwerbsunterbrüchen oder Teilzeitarbeit. Der Rest ist Diskriminierung. Auch in der Politik herrscht ein Ungleichgewicht: Im Nationalrat sitzen gegenwärtig 32 Prozent Frauen, im Ständerat 15 Prozent. Und auch wir in der DEZA haben auf Top-Kader-Stellen zu wenig Frauen.

Für die DEZA ist Geschlechtergleichstellung seit den 1990er-Jahren ein zentrales Anliegen im Kampf gegen die Armut. Seit 2003 hat die Direktion eine eigentliche Genderpolitik. Es geht dabei nicht nur um Recht, sondern auch um unterschiedliche Lebensereignisse. So sind Frauen und Männer nicht gleich

von humanitären Krisen betroffen. Die Wahrscheinlichkeit, bei einer Naturkatastrophe ums Leben zu kommen, ist für eine Frau grösser als für einen Mann. Männer sterben dafür eher durch Waffengewalt. Frauen und Mädchen wiederum sind einem erhöhten Risiko von sexueller Gewalt ausgesetzt. Schwerpunkt der Genderstrategie der DEZA ist deshalb neben der wirtschaftlichen und politischen Stärkung der Frauen auch deren Schutz gegen Gewalt in Konfliktgebieten. Ein wichtiger Teil dieser Arbeit ist die Sensibilisierung von Männern und Jungen.

Ein paar konkrete Beispiele veranschaulichen die Genderpolitik der DEZA. In Tunesien unterstützten wir 2014 ein Ausbildungsprogramm für 200 Frauen, die für die Parlamentswahlen kandidierten. Neun von ihnen gelang die Wahl. In Laos fördern wir die Mitwirkung von Frauen beim Setzen von Prioritäten im öffentlichen Dienstleistungssektor (in den Dörfern, die ich besuchen konnte, vermochten sich die Frauen denn auch stets durchzusetzen). In zwölf Ländern – darunter Afghanistan, Burundi, Ruanda, Bosnien und Tadschikistan – unterstützen wir Programme gegen geschlechterspezifische Gewalt. Im Gebiet der Grossen Seen haben u.a. dank der DEZA seit 2011 insgesamt 20 000 Gewaltopfer spezielle Betreuung erhalten.

Die Geschlechtergleichstellung ist auch ein wirtschaftlicher Faktor. Eine McKinsey-Studie rechnet vor, dass bei vollständiger Gleichstellung bis 2025 weltweit 28 Billionen US Dollar zusätzlich erwirtschaftet werden könnten (das wäre das BIP von USA und China zusammen).

Verstehen Sie mich richtig: Die Gleichstellung der Geschlechter braucht keine Rechtfertigung, weder eine wirtschaftliche, noch eine juristische. Sie rechtfertigt sich selber.

*Manuel Sager
Direktor der DEZA*

Periskop

The New York Times/Redux/laif



Lohnende Fischerei

(jlh) Die Süsswasserfischerei in armen Ländern wie Kambodscha, Kongo oder Bangladesch ist für die Ernährung oft wichtiger als die Meeres- oder Zuchtfischerei. Viele Gewässer sind allerdings überfischt. Dies gilt auch für die Bestände des «Arapaima gigas», einen der grössten Süsswasserfische der Welt, der für die Ernährung und Eiweissversorgung der Bevölkerung im Amazonasgebiet eine grosse Rolle spielt. Eine brasilianisch-britische Studie der Universitäten Rio Grande do Norte und East Anglia zeigt nun auf, dass es sich lohnt, die Seen in den Flussebenen im Amazonasgebiet unter Schutz zu stellen und gleichzeitig die lokale Bevölkerung mit dem Management der Fischerei zu betrauen. Ist dies der Fall, so sind die Fischbestände um ein Vielfaches grösser als in Seen mit offenem Zugang. Für die lokale Bevölkerung entsteht damit eine Win-win-Situation: Die Qualität und Biodiversität der Gewässer bleibt hoch und die Nahrungsbasis intakt. Zugleich sorgen die höheren Fischbestände für wesentlich mehr Nahrung und höhere Einkommen.

Mehr Sklaven denn je

(bf) Egal ob ausgebeutete Hilfsarbeiter in China, vom IS entführte jesidische Frauen oder Prostituierte in westeuropäischen Metropolen, eines haben moderne Sklaven gemeinsam: Sie können nicht weg. Man hat ihnen ihre Pässe weggenommen, sie oder ihre Familien bedroht, sie in Abhängigkeit gezwungen. Gemäss dem Global-Slavery-Index 2016 leben mehr Menschen als je zuvor in Sklaverei, nämlich weltweit 45,8 Millionen – mehr als die Hälfte davon in China, Indien, Pakistan, Bangladesch und Usbekistan. Und dies trotz der

Tatsache, dass weltweit – ausser in Nordkorea – Sklaverei verboten ist. Um Licht in die Schattenwirtschaft mit der Sklaverei zu bringen, führten Forscher der australischen Walk Free Foundation, welchen den Sklaverei-Index herausgibt, mehr als 40 000 persönliche Interviews in 50 Sprachen.



Matilde Gairton/Redux/laif

Gemäss der Studie tun sich viele Länder schwer mit der Verfolgung von Missbrauch und Menschenhandel, da billige Arbeitskräfte die Grundlage ihrer Wirtschaft bilden.

www.globallslaveryindex.org

Universität für Flüchtlinge

(lb) Die Menschen in den Lagern des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) erhalten Kleider und Nahrung, Zugang zu medizinischer Versorgung und können die Schule bis Gymnasialstufe abschliessen. Weitergehende Bildungsmöglichkeiten existierten bislang nicht. Warum eigentlich keine Universität in Flüchtlingslagern eröffnen, fragte sich Yvelyne Wood, eine Genfer Künstlerin und Gründerin der Schweizer NGO UniRef. «Unser Ziel ist, jungen Flüchtlingen einen Arbeitsplatz im Herkunftsland oder Aufnahmeland zu ermöglichen», erläutert Wood. Dieses Jahr noch wird nun UniRef als erste französischsprachige Universität im Flüchtlingslager von Musasa, im Nordosten von Burundi, starten. In Zusammenarbeit mit dem UNHCR führt die NGO universitäre Ausbildungen für Krankenschwestern und -pfleger und für Französischlehrer und -lehrerinnen durch. Ab 2018 werden auch Seminare in Land- und Lebensmittelwirtschaft angeboten. Ein ähnliches Projekt entsteht im Flüchtlingslager von Nyarugusu in Tansania. UniRef ermöglicht so 1200 Studenten und Studentinnen ihre Ausbildung fortzusetzen und ein staatliches Diplom zu erlangen.

www.uniref.ch

Albanien holt auf

(fu) Als sich Albanien nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes Anfang der 90er-Jahre der Aussenwelt öff-

nete, blieb das Land lange höchstens ein touristischer Geheimtipp. Dabei hat der Balkanstaat grosses touristisches Potenzial: 362 Kilometer Adriaküste, ein behagliches Klima sowie eine malerische Berglandschaft im Landesinnern. Inzwischen aber scheint es, als habe Albanien seinen Platz auf der touristischen Landkarte Europas gefunden. Zwischen 2007 und 2014 hat sich die Zahl der ausländischen Touristen mehr als verdreifacht



Nick Hammes/laif

und beträgt mittlerweile über 3,4 Millionen. Das hängt nicht zuletzt mit der erfreulichen wirtschaftlichen Entwicklung zusammen. Investitionen in die Infrastruktur, die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit sowie die Förderung von Privatinvestitionen haben auch den touristischen Markt positiv beeinflusst. Bis das Land seinen Nachbarn Griechenland oder Kroatien Paroli bieten kann, wird es aber noch eine Weile dauern. Laut einer WEF-Untersuchung zur touristischen Konkurrenzfähigkeit bildet Albanien zusammen mit Moldawien weiterhin das Schlusslicht Europas.

Drohnen liefern Blut

(jls) Strassentransporte dauern in Ruanda wegen der bergigen Landschaft lang und sind umständlich. Gleichwohl benötigen



Zeichnung von Jean-Augustin

die Gesundheitszentren bei Patienten mit hohem Blutverlust im Notfall Blutkonserven. Für deren raschen Transport in ländliche Gebiete setzen die Behörden neuerdings Drohnen ein. Letzten Oktober wurde im 50 Kilometer von der Hauptstadt Kigali entfernten Muhanga eine Drohnenbasis eingeweiht. Von da aus bedienen 15 Drohnen 21 Kliniken im Westen des Landes. «Blut ist äusserst wertvoll. Es lässt sich nicht in grossen Mengen in jedem Gesundheitszentrum lagern», erklärt Keller Rinaudo, Direktor des US-Unternehmens Zipline, welches Basis und Flugkörper konzipiert hat. Letztere heissen «Zips» und sehen aus wie kleine Flugzeuge. Ihre Batterie verleiht ihnen eine Autonomie von rund 150

Kilometern, sie fliegen 70 km/h schnell und werfen die mit einem kleinen Fallschirm versehenen Blutbeutel 20 Meter über dem Boden ab.

Aufforstung am Kilimandscharo

(jls) Der Klimawandel bedroht die Funktion des Kilimandscharos als Wasserschloss für Kenia und Tansania. 80 Prozent der Eisdecke des höchsten Gipfels in Afrika sind bereits weggeschmolzen; in den nächsten Jahrzehnten dürfte sie ganz verschwinden. Das heissere und trockenere Klima hat überdies zu mehr Waldbränden geführt. Seit 1976 fielen über 13 000 Hektaren Waldfläche Feuerbrünsten zum Opfer. Der Baumbestand hat so stark abgenommen, dass die Wälder den

Nebel nicht mehr einfangen und die Niederschläge filtern und zurückhalten können. Mehrere Flüsse trocknen langsam aus. Die Bevölkerung am Fuss des Berges leidet in der Trockenzeit immer häufiger unter Wassermangel. In einem kürzlich publizierten Bericht

fordert das Umweltprogramm der Vereinten Nationen Tansania dazu auf, das Einzugsgebiet am Kilimandscharo zu schützen, um einer Wasserkrise zuvorzukommen. Es empfiehlt insbesondere die Lancierung von Aufforstungsprogrammen.



Loraine Wilson/vorbertharding/afif

Gleichstellung nützt und hilft allen

Noch sind die Geschlechter in keinem Land gleichberechtigt. Zwar gibt es Fortschritte, besonders im Bildungsbereich, doch Frauen sind in vielen Bereichen nach wie vor diskriminiert. Mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung hat sich die internationale Gemeinschaft 15 Jahre Zeit zum Beseitigen der Diskrepanzen gegeben. Von Jane-Lise Schneeberger.



Armenviertel in Bangladeschs Hauptstadt Dhaka: Weltweit sind über 70 Prozent der zurzeit in extremer Armut lebenden Menschen Frauen.

Das im Jahr 1979 getroffene Übereinkommen zur Beseitigung jeglicher Form von Diskriminierung der Frau zwingt die Unterzeichnerstaaten, die Gleichstellung der Geschlechter in ihre Gesetzgebung zu integrieren und für deren Umsetzung zu sorgen. Bis heute haben 143 Länder dieses Prinzip in ihrer Verfassung verankert. Viele von ihnen haben überdies diskriminierende Gesetze abgeschafft oder zur Förderung der Gleichheit neue Gesetze erlassen.

«Die rechtlichen Instrumente sind unerlässlich, weil die Frauen damit ihre Rechte geltend machen

können. Ihre Umsetzung stolpert allerdings oft über gesellschaftliche Normen, die den Individuen geschlechtsspezifische Rollen zuordnen», stellt Flurina Derungs vom Interdisziplinären Zentrum für Geschlechterforschung der Universität Bern fest. «Die tief in den Mentalitäten verankerten Geschlechterstereotypen lassen die Ungleichheit in zahlreichen Bereichen fortbestehen.» Das Gefälle bremst die Entwicklung: Es schränkt den Zugang der Frauen zu Gesundheit, Bildung, Ressourcen, Arbeitsmarkt und Entscheidungsprozessen ein und hält sie so in der Armutsfalle fest.

Visionäres Programm

Die vierte Weltfrauenkonferenz von 1995 in Peking hat den Weg zur Überwindung des Geschlechtergefälles aufgezeigt. Ihr Aktionsprogramm legte Zielvorgaben für zwölf kritische Bereiche fest, darunter Armut, Bildung, Gesundheit, Gewalt, kriegerische Konflikte und Wirtschaft. «Das visionäre und ehrgeizige Dokument ist für die internationale Zusammenarbeit noch heute massgebend. Wir versuchen, die Errungenschaften zu ver-



Sowohl in Mexiko (links) als auch in Senegal ist zwar das Bildungsniveau der Frauen wie überall auf der Welt angestiegen, deren Berufsaussichten haben sich jedoch noch immer nicht verbessert.

teidigen und nicht zurückzufallen», sagt Ursula Keller, Gender-Verantwortliche in der DEZA. Nach zwanzig Jahren hat die UNO die Umsetzung des in Peking verabschiedeten Aktionsprogramms evaluiert. Sie anerkennt die gemachten Fortschritte, bedauert aber das «inakzeptabel langsame Tempo». In verschiedener Hinsicht sind die von Armut betroffenen Frauen besonders benachteiligt. Die kritische Bestandesaufnahme diente als Grundlage zur Formulierung der Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDG) im Gender-Bereich.

Grosse Fortschritte wurden im Bildungs- und im Gesundheitsbereich erzielt. So hat die Müttersterblichkeit weltweit abgenommen, bleibt aber in Afrika südlich der Sahara und in Südasien übermässig hoch. Hier hängt die Sterblichkeitsrate vor allem mit ungenügenden Gesundheitsdiensten, Geburten ohne medizinische Unterstützung und Abtreibungen unter ungünstigen Bedingungen zusammen.

Im Bildungsbereich haben die Entwicklungsländer auf Primarschulstufe praktisch Geschlechterparität erreicht und nähern sich ihr auf Sekundarstufe an. «Die Schulabbruchquote hat man allerdings noch

nicht im Griff. Viele Mädchen verlassen die Schule, sobald sie in die Pubertät kommen; sie werden verheiratet oder können sich nur noch den Hausarbeiten widmen», stellt Ursula Keller mit Bedauern fest. Ausserdem bleiben die Unterschiede bei den höheren Abschlüssen gross.

Prekäre Jobs mit wenig Lohn

Das höhere Bildungsniveau der Frauen hat ihre beruflichen Aussichten kaum verbessert. Der Über-



gang in den Arbeitsmarkt bleibt ein Problem. Nur 55 Prozent der Frauen haben eine reguläre Stelle – ein Anteil, der seit dreissig Jahren gleich bleibt. Normalerweise verdienen sie weniger als Männer und besetzen untergeordnete Funktionen. Übervertreten sind Frauen in Entwicklungsländern jedoch im informellen Sektor, wo der soziale Schutz fehlt und prekäre Arbeitsbedingungen bestehen. So ist beispielsweise die Landwirtschaft immer öfter in Frauenhand. Diskriminierende Normen und Gesetze schmälern jedoch die Produktivität der Bäuerinnen.

In manchen Ländern dürfen Frauen kein Land besitzen oder vererben. Und wegen ihres beschränkten Zugangs zu Krediten können sie die nötigen Betriebsmittel und Geräte nicht beschaffen. Ihre Parzellen sind oft kleiner und werfen weniger Ertrag ab als jene der Männer.

Die Frauen haben kaum Einfluss auf die strukturellen Ursachen dieser Ungerechtigkeit, da sie an den Entscheidungsprozessen nicht gleichberechtigt beteiligt sind. In bestimmten Bereichen sind sie allerdings besser vertreten als vor zwanzig Jahren. So ist der Anteil Frauen in den nationalen Parlamen-

Ungleichheit beeinflusst Nahrungssicherheit

Bäuerinnen in Entwicklungsländern arbeiten hart, produzieren aber weniger als die Männer. Der Grund: Sie haben nur einen eingeschränkten Zugang zu den Ressourcen (Agrarland, Kredit, Geräte, Qualitätsaatgut, Dünger, Beratung). In ihrem Bericht *The State of Food and Agriculture 2010-2011* hat die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO berechnet, dass die Bäuerinnen den Ertrag ihrer Betriebe um 20 bis 30 Prozent steigern könnten, wenn sie dieselben Mittel zur Verfügung hätten wie Männer. Die landwirtschaftliche Produktion der Entwicklungsländer würde sich um 2,5 bis 4 Prozent erhöhen, womit die Anzahl Unterernährter in der Welt um 100 bis 150 Millionen sinken würde.



Katherine Kivari/Redux/latif

In Lahore, Pakistan, fährt ein Vater seine von einem Brandanschlag gezeichnete Tochter zur Arbeit – in Buenos Aires, Argentinien, gehen 2015 mehr als 200 000 Menschen auf die Strasse, um gegen Gewalt gegenüber Frauen zu protestieren.

ten von 12 auf 23 Prozent gestiegen. «Frauen können sich nicht stärker in produktiven Aktivitäten oder der Politik engagieren, weil ihnen die Zeit dazu fehlt. Sie erledigen unverhältnismässig viel unbezahlte Arbeit in der Familie», sagt Flurina Derungs. Die Gesellschaft erwartet von ihnen, dass

sie sich um die Kinder und um alte oder kranke Verwandte kümmern und die Hausarbeit erledigen. Neben Küche und Haushalt gehört auch das zeitintensive Beschaffen von Wasser und Holz dazu: Rund um die Welt verbringen Frauen und Mädchen Tag für Tag 200 Millionen Stunden

Verlorene Kindheit

Kinderheiraten gingen in den letzten Jahrzehnten leicht zurück, sind aber in den Entwicklungsländern nach wie vor weit verbreitet. Jahr für Jahr werden fast 15 Millionen Mädchen noch vor ihrem 18. Geburtstag verheiratet, das sind 37 000 pro Tag. Die frühe Heirat hat viele Schattenseiten. Mit hoher Wahrscheinlichkeit müssen die Jungvermählten die Schule abbrechen. Die Mädchen werden auch eher Opfer von schlechter Behandlung oder sexuellem Missbrauch durch ihren Ehemann. Darüber hinaus zieht eine frühe Schwangerschaft hohe Komplikationsrisiken nach sich, welche zum Tod von Mutter und Kind führen können.

Axel Lindkvist/Polaris/latif





Rund um die Welt verbringen Frauen und Mädchen Tag für Tag 200 Millionen Stunden beim Wasserholen – eine Tätigkeit, die für das Funktionieren der Gesellschaft unerlässlich ist, jedoch keine soziale Wertschätzung erhält.

beim Wasserholen. Diese für das Funktionieren der Gesellschaft unerlässlichen Tätigkeiten erfahren keine soziale Wertschätzung.

Eine grössere wirtschaftliche Autonomie der Frauen setzt eine geringere Belastung im Alltag voraus, welche nicht ohne gerechtere Aufgabenverteilung innerhalb der Familie erzielt werden kann. Ausserdem lässt sich die Zeit für Haushalt- und Pflegeaktivitäten mit verschiedenen Massnahmen reduzieren, darunter dem Bau von Brunnen in der Nähe der Siedlungen, der Elektrifizierung der Dörfer oder dem Einrichten einer Kinder- und Altenbetreuung.

Gewaltverhütung als Staatsaufgabe

Die ungleichen Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern sind auch Ursache von Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Jede dritte Frau erleidet im Verlauf ihres Lebens körperliche und/oder sexuelle Gewalt, meist vonseiten des Partners. Lange hielt man dies für eine private Angelegenheit. Heute gilt es als staatliche Pflicht, die Frauen zu schützen. Dennoch haben nur zwei Drittel aller Länder Gesetze verabschiedet, die häusliche Gewalt verurteilen, und umgesetzt werden sie längst nicht immer. Dabei ist der Schaden folgenswer: Er umfasst direkte Kosten im Gesundheitswesen und indirekte Kosten wie verlorene Arbeitsstunden oder reduzierte Produktivität der Opfer.

Bei Konflikten steigern sich alle Formen von Ge-

walt gegen Frauen noch: individuelle und kollektive Vergewaltigung, häusliche Gewalt, Menschenhandel, sexuelle Sklaverei usw. Parallel dazu nehmen sexuell übertragbare Krankheiten, unerwünschte Schwangerschaften und Müttersterblichkeit zu. «Die humanitären Akteure haben diese Problematik erst ab den 1990er-Jahren ernst genommen, als sie mit den Massenvergewaltigungen im ruandischen Völkermord und während des Kriegs in Ex-Jugoslawien sichtbar wurden», sagt Sascha Müller von der Humanitären Hilfe der DEZA. «Sexistische Gewalt hat schwere Folgen nicht nur für die körperliche und seelische Gesundheit der Opfer, sondern für die Gesamtgesellschaft.» Vergewaltigte Frauen werden oft von ihrer Gemeinschaft stigmatisiert, von ihrem Ehemann zurückgewiesen oder gar zur Heirat mit dem Täter gezwungen.

Zwar konkretisiert sich die Gleichstellung in der Praxis nur langsam, aber auf politischer Ebene gewinnt sie an Boden. «Seit ein paar Jahren ist die Geschlechterfrage nicht mehr bloss Randthema. Sie hat in den politischen Prozessen, die zum weltweiten Normenrahmen führen, einen zentralen Platz», freut sich Ursula Keller. Paradebeispiel dafür ist die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Die Selbstständigkeit der Frauen und die Beseitigung der Diskriminierungen haben darin einen hohen Stellenwert. Das fünfte SDG sieht spezielle Massnahmen da vor, wo die Ungleichheit am gra-

Frauen, Frieden, Sicherheit

Mit der 2000 verabschiedeten Resolution 1325 hat der UNO-Sicherheitsrat anerkannt, dass Konflikte einen unverhältnismässig hohen Einfluss auf die Frauen haben. Er hat die Konfliktparteien dazu aufgerufen, sie vor sexistischen Übergriffen zu schützen und sie vollumfänglich an Friedensverhandlungen zu beteiligen. Anlässlich der 2015 erfolgten Evaluation zur Umsetzung der Resolution betonte die UNO, die internationale Gemeinschaft habe zwar einen kompletten Normenrahmen betreffend sexuelle Gewalt in Konfliktperioden verabschiedet. Abgenommen habe diese aber nicht, und nur ein verschwindend kleiner Teil der Täter werde vor Gericht gestellt. Der Anteil von an Friedensprozessen beteiligten Frauen ist in den letzten 15 Jahren unter 10 Prozent geblieben. wps.unwomen.org (Resolution 1325)

vierendsten ist: unbezahlte Arbeit, Gewalt, wirtschaftliche Autonomie und politische Beteiligung. Überdies fliesst die Geschlechterproblematik in die meisten anderen SDG ein. «Die Stärke der Agenda 2030 ist die ganzheitliche Betrachtung der Geschlechtergleichstellung», unterstreicht Chantal Oltramare von der Globalen Zusammenarbeit der DEZA. «Wollen wir die Armut ausmerzen, den Hunger überwinden und friedfertige Gesellschaften fördern, müssen wir in jeder Gesellschaft die

zung der Partnerländer bei der Umsetzung von Gesetzen, welche Gewalttätigkeit ahnden. Das zweite Betätigungsfeld ist wirtschaftlicher Natur: Die Projekte zielen darauf ab, den Zugang der Frauen zu Bildung, bezahlter Arbeit und Produktionsmitteln zu verbessern, damit sie finanziell unabhängiger werden. Und schliesslich unterstützt die DEZA auch politische Selbstständigkeit: In mehreren Ländern fördert sie Kandidatinnen bei Gemeinde- oder Parlamentswahlen und kooperiert mit Frauenbe-



Frauen im ägyptischen Parlament in Kairo: Zwar gewinnt die Gleichstellung auf politischer Ebene weltweit an Boden, in der Praxis jedoch sind Frauen in Entscheidungsgremien nach wie vor stark untervertreten.

Unerlässliche Zusammenarbeit

Frauen sind dem Klimawandel gegenüber besonders verletzlich: Bei Dürre, Überschwemmungen oder anderen Katastrophen ist ihre Sterblichkeitsrate oft höher als jene der Männer. Sobald die Schutzstrukturen der Gemeinschaft nicht mehr greifen, steigt zudem auch das Risiko sexueller Übergriffe. Andererseits spielen die Frauen insbesondere in ländlichen Gegenden eine Schlüsselrolle bei der Anpassung an den Klimawandel. Sie produzieren 60 bis 80 Prozent der in Entwicklungsländern konsumierten Esswaren, besitzen also viel Erfahrung in der Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen; sie kennen die Pflanzen, das Saatgut und die Wasserquellen. Deshalb ist es unerlässlich, dass Männer und Frauen gemeinsam Anpassungsstrategien entwickeln.

Rollen und Bedürfnisse der Frauen berücksichtigen und die Gleichheit der Geschlechter sicherstellen.»

Gleichheit ist auch Männersache

Die Schweiz hat sich für die Einbindung eines speziell auf die Geschlechterproblematik ausgerichteten Ziels in die Agenda 2030 starkgemacht. «Die Herausforderung besteht darin, es umzusetzen», unterstreicht Chantal Oltramare. «Die DEZA trägt dazu mit der engen Kooperation mit UN Frauen und mit ihren Zusammenarbeitsprojekten vor Ort bei.» Ab diesem Jahr ist die Geschlechtergleichstellung eines der sieben strategischen Ziele gemäss der Botschaft über die internationale Zusammenarbeit 2017–2020 des Bundesrats.

Die DEZA konzentriert ihre Aktivitäten auf drei Bereiche. Zunächst auf die Bekämpfung von Gewalt in fragilen Kontexten: Hier geht es um Opferbetreuung, Gewaltverhütung und Unterstüt-

wegungen, die für eine stärkere Partizipation der Frauen in Entscheidungsgremien kämpfen.

Bei all diesen Aktivitäten arbeitet die DEZA auch mit den Männern und führt Sensibilisierungsaktionen durch, damit sich Mentalität und Verhalten entwickeln. Die Gleichstellung kommt beiden Geschlechtern zugut, da die Stereotypen nicht nur die Frauen einschränken. «Zwar haben die Männer dank gesellschaftlichen Normen zahlreiche Privilegien, aber diese auferlegen ihnen auch Zwänge. So kann die Rolle als Ernährer eine hohe Belastung darstellen und bei jenen, die sie nicht erfüllen können, ein Gefühl des Versagens auslösen», sagt Ursula Keller. «Wenn wir wollen, dass die Männer unsere Verbündeten im Kampf um Gleichstellung sind, müssen wir ihre Bedürfnisse und ihre Verletzlichkeit ebenfalls berücksichtigen.» ■

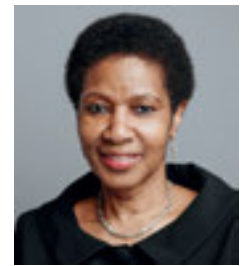
(Aus dem Französischen)

«Noch viel zu viele Ungleichheiten»

Für Phumzile Mlambo-Ngcuka, Exekutivdirektorin der UNO-Frauenorganisation UN Women, muss der Wandel zur globalen Geschlechtergleichheit beschleunigt werden. Fortschritte seien zwar erkennbar, so die Südafrikanerin, doch beim aktuellen Reformtempo dauere es noch 170 Jahre, bis die wirtschaftliche Gleichstellung Tatsache sei. Interview von Fabian Urech.



Textilfabrik in Rajasthan, Indien: Weibliche Angestellte verdienen weltweit im Durchschnitt rund ein Viertel weniger als Männer.



Phumzile Mlambo-Ngcuka ist seit 2013 Exekutivdirektorin der UN-Frauen-Organisation UN Women. In ihrer Heimat amtierte die ehemalige Lehrerin aus Kapstadt zuvor als Abgeordnete im nationalen Parlament, als Ministerin für Rohstoffe und Energie sowie zuletzt als Vizepräsidentin.

«Eine Welt»: Wenn wir uns den Weg zur globalen Geschlechtergleichheit als 100-Meter-Rennen vorstellen: Wo würde sich die Welt gegenwärtig befinden?

Phumzile Mlambo-Ngcuka: Wir sind aus den Startblöcken gekommen, die Ziellinie bleibt jedoch weit entfernt. Heute entspricht die weltweite Einschulungsrate von Mädchen fast jener der Jungs, Frauen spielen in der Politik mancherorts eine wichtige Rolle, die gesetzlichen Grundlagen für die Gleichstellung haben sich verbessert. Gleichwohl bleiben Frauen mit Blick auf ihre politische Teilhabe, ihre wirtschaftliche Stellung und ihre Aufstiegsmöglichkeiten in den meisten Weltgegenden benachteiligt. In neun von zehn Volkswirtschaften gibt es diskriminierende Gesetze, in den Parlamenten beträgt der durchschnittliche Frauenanteil 20 Prozent, weibliche Angestellte verdienen im Schnitt ein Viertel weniger, zugleich leisten Frauen zweieinhalbmal so viel Pflegearbei-

ten wie Männer. Wir haben also noch einen weiten Weg vor uns. Aber die Ziellinie ist erkennbar: Mit der Agenda 2030 soll die Ungleichheit bis in dreizehn Jahren überwunden werden.

Das scheint sehr optimistisch. In vielen Weltgegenden waren zuletzt kaum Verbesserungen bei der Gleichberechtigung zu beobachten.

Tatsächlich waren die Fortschritte ungleich verteilt und langsam. Beim derzeitigen Tempo des Wandels würde es 50 Jahre dauern, um die Gleichheit in der politischen Partizipation zu erreichen, und gar 170 Jahre, um die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Männern und Frauen auszugleichen. Die Investitionen zur Förderung der Geschlechtergleichheit sind zu gering. Eine Führungsstrategie, die alle Menschen gleichermaßen miteinbezieht, ist eine Bedingung für die Ermächtigung der Frauen. Das bedingt aber auch,



Eric Lafforgue/InvisionStaff

Teenager in Hargeisa, Somaliland: Jungen Menschen kommt bei einem Wandel hin zur Gleichberechtigung eine besondere Rolle zu.

dass wir teils tief verwurzelte Normen und Stereotypen mutig und schnell angehen. Klar, dieser Wandel wird nicht über Nacht stattfinden. Aber ich bin optimistisch, dass wir bis 2030 eine weitgehende Gleichstellung erreichen können.

Ziel 5 der Agenda 2030 fordert genau dies, die «Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen». Das scheint angesichts des langsamen Wandels sehr ambitioniert.

Frauen und Mädchen machen fünfzig Prozent der Weltbevölkerung aus. Ich denke nicht, dass es zu ambitioniert ist, ihre Menschenrechte sicherzustellen. Zudem ist dieses Ziel eine Voraussetzung für die Erreichung vieler anderer Ziele der neuen Entwicklungsagenda.

Die Benachteiligung der Frauen hat nebst strukturellen Gründen oft auch eine kulturelle Komponente. Wie verändert man kulturelle Normen, die sich über Jahrhunderte entwickelt haben?

Es ist nicht einfach, die Denkweise und Haltung von Menschen zu verändern. Die Zivilgesellschaft spielt dabei eine entscheidende Rolle – nicht nur für ein Umdenken in der gesamten Gesellschaft, sondern auch unter Frauen, die sich ihrer Fähigkeiten und Rechte bewusst werden sollen. Ebenso wichtig ist in diesem Zusammenhang, mit einem breiten Feld von Partnern zusammenzuarbeiten. Jungen Menschen kommt dabei eine besondere Rolle zu, denn sie werden die Zukunft

gestalten. UN Women hat deshalb eine Strategie für die Zusammenarbeit mit Jugendlichen entwickelt. Im Rahmen unserer Kampagne «He-ForShe» konnten wir zudem bereits über eine Million Männer und Jungs gewinnen, die sich für einen Wandel hin zur Verwirklichung einer Gleichberechtigung einsetzen und neue Konzepte von Männlichkeit mitentwickeln. Nicht zuletzt spielen die Medien eine entscheidende Rolle bei der Veränderung von Stereotypen. Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen die Medien mitgestalten. Und dass sie nicht als Opfer dargestellt werden, sondern als Leaderinnen, Expertinnen und Entscheidungsträgerinnen.

UN Women hat kürzlich eine Initiative zur Verbesserung von gender-sensitiven Daten lanciert. Weshalb ist das wichtig?

Um ein Problem zu lösen, müssen Sie es verstehen – seinen Umfang, seine Wirkungsweise, Möglichkeiten zu dessen Behebung. Dazu sind akkurate Daten wichtig. Zwar produziert die Welt zurzeit unglaubliche Mengen an Daten, doch wenn es um Frauen und Mädchen geht, gibt es eklatante Lücken. Oft fehlen uns beispielsweise genaue Angaben zum Einkommen von Frauen oder zur Zahl der Frauen und Mädchen, die in Armut leben. Unsere Initiative will das ändern. Wir konzentrieren uns vorerst auf zwölf Pilotländer, in denen wir Datenlücken identifizieren, Daten erheben, sicherstellen, dass diese in politischen Prozessen berücksichtigt werden, Fortschritte nachverfolgen.

Sie waren während über zehn Jahren eine führende politische Figur Südafrikas. Was war das Wichtigste, das Sie in dieser Zeit lernten?

Durch meine Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, mit der Frauenbewegung, der Regierung und politischen Organisationen habe ich gelernt, wie wichtig es ist, komplexe gesellschaftliche Probleme in Kollaboration und mit gesamtgesellschaftlichem Blick anzugehen. Um gegen die Apartheid zu gewinnen, war es zentral, mit allen Menschen zusammenzuarbeiten – unabhängig von Hautfarbe und persönlichem Hintergrund. Leader wie Mandela zeigten, wie wichtig es ist, sowohl mit deinen Verbündeten zu kooperieren als auch mit jenen, die anderer Meinung sind. Im Kampf um Geschlechtergleichheit, in dem die Frauen die Hauptakteure sind und die Zivilgesellschaft der nächste Verbündete ist, ist Kooperation genauso wichtig – mit Männern und Jungs, mit religiösen Leadern oder dem Privatsektor. ■

Weltweites Engagement für Frauen

UN Women ist die UNO-Agentur zur Gleichstellung und Stärkung der Stellung der Frauen. Sie entstand 2010 aus der Zusammenlegung von vier Einrichtungen der UNO, die sich für die Gleichstellung einsetzten. Die Schweiz hat die Schaffung dieses neuen Gremiums klar befürwortet und gehört heute zu den wichtigsten Geldgebern der in New York beheimateten Organisation.

Tabuisierte Übergriffe

Sexuelle Gewalt wird im Bürgerkrieg im Südsudan systematisch als Kriegswaffe eingesetzt. Ein Projekt der DEZA will den Untaten durch Schutzpatrouillen, Workshops und Trainings entgegenwirken.



Die tägliche Suche nach Holz, Kohle oder Nahrungsmitteln ausserhalb des Flüchtlingslagers von Bentiu im Südsudan ist für Frauen und Mädchen mit hohen Risiken verbunden: Sexuelle Gewalt gehört zum schrecklichen Alltag.

(fu) Mit viel Zuversicht war der Südsudan 2011 in die Unabhängigkeit gestartet. Doch schon nach zwei Jahren stürzte das jüngste Land Afrikas in einen Bürgerkrieg. Der erdölreiche Norden war besonders betroffen. Nach Ausbruch der Gewalt suchten tausende Menschen Schutz in der Nähe eines UN-Camps in Bentiu, der Hauptstadt des Bundesstaats Unity. Inzwischen beherbergt das improvisierte Lager auf lediglich drei Quadratkilometern über 100 000 intern Vertriebene.

Um Feuerholz, Kohle oder Nahrungsmittel zu suchen, müssen viele der Geflüchteten das Lager regelmässig verlassen. Für Frauen und Kinder ist das besonders gefährlich: Sexuelle Gewalt gehört zum schrecklichen Alltag. «Die Körper von Frauen und Kindern sind das Schlachtfeld dieses Konflikts», meint die UN-Sonderbeauftragte Zainab Hawa Bangura. Eine UNO-Untersuchung bestätigte jüngst das schockierende Ausmass sexueller Übergriffe: Innert sechs Monaten wurden in Unity 1300 Vergewaltigungsfälle registriert.

Keine Lösung durch Gewalt

«Für uns war klar: Hier müssen wir etwas tun», sagt Sebastian Eugster von der DEZA. Sexuelle Gewalt werde systematisch als Kriegswaffe eingesetzt, zugleich sei sie aber in der sehr patriarchalischen Ge-

sellschaft Südsudans weitgehend ein Tabu. Die DEZA unterstützte vergangenes Jahr ein Projekt der NGO Nonviolent Peaceforce, das auf den Schutz von Frauen und Kindern abzielte, die das Lager regelmässig verlassen. Zentraler Bestandteil war deren Begleitung durch Hilfswerksmitarbeitende. «Durch diese Präsenz waren sie weniger schutzlos, Übergriffe auf begleitete Gruppen blieben aus», sagt Eugster.

Im Lager wurden für betroffene Frauen auch Workshops und Trainings durchgeführt. Dies ermöglichte ihnen, über ihre Erfahrungen zu sprechen, zugleich wurden Methoden des Selbstschutzes vermittelt. Auch für die männlichen Lagerbewohner wurden Workshops organisiert. Die zentrale Botschaft: Durch Gewalt werden keine Konflikte gelöst.

Das Projekt in Bentiu ist inzwischen beendet. Die DEZA unterstützt jedoch ähnliche Projekte in anderen Teilen des Landes, und die Eindämmung sexueller Gewalt bleibt ein Schwerpunkt ihres Engagements vor Ort. Eine nachhaltige Verbesserung der Lage scheint vorerst nicht in Sicht. Zeid Ra'ad Al Hussein, der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, sprach in diesem Zusammenhang unlängst von «einer der weltweit furchtbarsten Menschenrechtssituationen». ■

Gezielt gegen Gewalt

Die DEZA engagiert sich für die Rechte von Frauen und Mädchen in Konflikten, für die Prävention von geschlechtsspezifischer Gewalt sowie für die medizinische, psychologische und rechtliche Betreuung von Opfern. Sie fördert zudem die Partizipation von Frauen in Friedens-, Transformations- und Staatsbildungsprozessen. Das Schweizer Engagement basiert auf der EDA-Genderstrategie, der Botschaft für internationale Zusammenarbeit 2017-2020 sowie dem Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UNO-Sicherheitsresolution 1325. Dies ist die erste Resolution, welche die Folgen bewaffneter Konflikte für Frauen und Mädchen benennt und die Wichtigkeit der Teilnahme von Frauen an Friedensprozessen unterstreicht. Für die Humanitäre Hilfe der DEZA wird die geschlechterspezifische Gewalt mit der Botschaft 2017-2020 zu einem neuen Schwerpunktthema.

Befreiendes Zusatzeinkommen

Im ländlichen Rustaq in Afghanistan erschliesst ein Schweizer Projekt Einkommensquellen für die Frauen. Hunderte Dorfbewohnerinnen haben begonnen, Gemüse anzubauen oder Konserven herzustellen. Ein Teil ihrer Produktion verbessert und diversifiziert die Ernährung der eigenen Familie, der Rest wird verkauft.



Terre des hommes

Langsame Besserung

Die Taliban hatten die Afghaninnen um ihre Rechte und Freiheiten gebracht. Seit ihrem Sturz im Jahr 2001 hat sich die Lage der Frauen verbessert. Die Gleichberechtigung steht inzwischen in der Verfassung. 28 Prozent der Sitze im Parlament und drei Ministerposten sind in Frauenhand. Ihre Arbeitsmarktbeteiligung beträgt 29 Prozent. Häusliche Gewalt und widrige Praktiken wie die frühe Verheiratung sind jedoch nach wie vor weit verbreitet. Noch haben viele Frauen nicht das Recht, sich frei zu bewegen. Hingegen dürfen die Mädchen wieder zur Schule gehen, was ihnen unter den Taliban verwehrt blieb. Die Einschulungsquote der Mädchen beträgt 45 Prozent, jene der Buben 64 Prozent.

Gemeinsam verarbeiten und verkaufen die Frauen, was sie angepflanzt und geerntet haben, und tragen so zu einem zusätzlichen Familieneinkommen bei.

(jls) Habiba ist Mutter von sechs Kindern. Sie lebt im Distrikt Rustaq im Nordosten Afghanistans. Seit sie als Dreizehnjährige verheiratet wurde, lebte sie in ihren vier Wänden, besorgte den Haushalt und zog ihre Kinder gross. 2014 erfuhr sie, dass andere Frauen des Dorfes im Rahmen eines Schweizer Projekts eine Kartoffelanbaugruppe gebildet hatten. Showali, ihr Ehemann, erlaubte ihr, Kontakt mit der Gruppe aufzunehmen. Sie erhielt 300 Kilo Saatkartoffeln sowie zwei Säcke Dünger als Starthilfe.

Im ersten Jahr erntete die Neubäuerin eineinhalb Tonnen Kartoffeln, die ihr 17 000 Afghani, rund 250 Franken, einbrachten. Damit konnte sie einen von Showali zur Eröffnung eines kleinen Geschäfts aufgenommenen Kredit zurückzahlen. Das Paar muss nun keine Zinsen mehr zahlen, hat zwei

Einkommen und kommt viel besser weg als zuvor. Es kann sogar ein wenig Geld zur Seite legen. «Mit diesen Aktivitäten kommen die Frauen zu einem Einkommen und haben viel für ihre Familien tun können», freut sich Habiba.

Kulturelle Widerstände überwinden

Rustaq liegt in einer armen, bergigen Region. Die Bevölkerung betreibt Subsistenzwirtschaft, die aber nicht einmal ihren Nahrungsbedarf zu decken vermag. Viele Mahlzeiten bestehen einzig aus Reis und Brot. Ein von Terre des hommes umgesetztes DEZA-Projekt nimmt sich der Verbesserung dieser Lebensumstände an. Einerseits über die Diversifikation der Einkommensquellen und andererseits über die Erhöhung der Agrarproduktion.

Seit 2012 ist ein Teilbereich dieses Projekts auf Frauen zugeschnitten. Es stellte ihnen zugleich einträgliche und kulturell akzeptierte Aktivitäten bereit – letzteres, weil auf dem Land das Zusammenleben äusserst konservativen Normen unterliegt. «Grundsätzlich erlauben die Männer ihren Frauen nicht, das Haus zu verlassen und überhaupt eine soziale Rolle zu spielen», merkt Mélanie Büsch vom Schweizer Kooperationsbüro in Kabul an.

Zunächst waren deshalb die Männer zu sensibilisieren, indem man ihnen den Mehrwert vor Augen führte, den die Arbeit der Frauen für die Haushalte generieren kann. «Wir haben den Gemeinschaftsvertretern und Religionsführern dargelegt, dass es uns um höhere Nahrungssicherheit geht und sich unser Projekt nicht gegen ihre Grundsätze richtet», erklärt Sylvain Fournier, Terre-des-hommes-Delegierter in Afghanistan.

Aktivitäten für Einzelne und für Gruppen

Bisher wurden in den Rustaq-Dörfern 28 Frauengruppen mit insgesamt gegen 700 Mitgliedern gebildet. «Für manche Tätigkeiten wie Gemüseproduktion und konservierung müssen die Teilnehmerinnen gemeinsam ausser Haus arbeiten», erklärt der stellvertretende Projektleiter Mohammad Emal Saraj.

Die auf Gemüsebau spezialisierten Gruppen erhielten Plastiktreibhäuser, in denen sie das ganze Jahr über Gemüse ziehen können: im Frühjahr werden beispielsweise Paprikaschoten, Gurken oder Tomaten geerntet, im Sommer weisse Bohnen, Blumenkohl und Kohlköpfe und in der kalten Jahreszeit Salat, Koriander und Spinat. Andere Gruppen machen diese Gemüse ein oder produzieren Saatgut. Rund 2700 Frauen arbeiten zu Hause alleine: Sie sterilisieren Milch, gewinnen Kaschmirwolle oder sortieren Saatgut.

Eine der Schwierigkeiten bestand darin, eine Fachperson zur Ausbildung der Teilnehmerinnen zu finden. «Es wäre undenkbar gewesen, einen Mann zu schicken, denn Frauen dürfen in der Öffentlichkeit nicht mit Männern in Kontakt kommen», erläutert Mélanie Büsch. In Afghanistan war keine qualifizierte Agronomin aufzutreiben, die sich in der abgelegenen Gegend niedergelassen hätte; fündig wurde die Projektleitung dann im Nachbarland Tadschikistan.

Grössere Bewegungsfreiheit

«Die Ernährung der Bevölkerung ist besser und abwechslungsreicher geworden», stellt Mohammad Emal Saraj fest. «Die Bäuerinnen verwenden ihr Gemüse zunächst für die eigene Familie. Den Rest verkaufen sie auf dem Markt und machen



Terre des hommes

Dank Plastiktreibhäusern kann das ganze Jahr über Gemüse gezogen werden.

ein wenig Geld.» Der Zustupf beläuft sich auf 150 bis 250 Dollar pro Jahr.

In den betroffenen Dörfern haben die Frauen heute mehr Bewegungsfreiheit als anderswo und bringen sich stärker in ihre Gemeinschaft ein, hebt Sylvain Fournier hervor: «Innerhalb von vier Jahren hat sich die Mentalität gewandelt. Dass ein wenig Geld lockte, spielte bestimmt eine Rolle. Bringen die Frauen Geld nach Hause, drücken die Ehemänner zugunsten ihrer Familie bei manchen gesellschaftlichen und kulturellen Normen durchaus ein Auge zu. Allerdings bewegt sich diese Toleranz noch in engen Grenzen. Nur 15 Prozent der Frauen dürfen ihr Gemüse selbst auf dem Markt von Rustaq verkaufen gehen. Die übrigen haben zwei Möglichkeiten: Entweder lassen sie ein männliches Familienmitglied einspringen oder sie verkaufen ihre Produktion einem Wanderhändler.

Darüber hinaus wollten die Programmteilnehmerinnen lesen, schreiben und rechnen lernen, um ihren Gewinn auszurechnen und ihre Verkäufe schriftlich festzuhalten. In drei Dörfern riefen sie deshalb mit Unterstützung des Bildungsministeriums Frauen-Alphabetisierungskurse ins Leben. ■

(Aus dem Französischen)

Ländliche Armut

Zwar sind bloss zwölf Prozent der Landesfläche Agrarland, dennoch ist die afghanische Wirtschaft stark von der Landwirtschaft abhängig, die 61 Prozent der Bevölkerung beschäftigt. Die Hälfte der Haushalte auf dem Land verkaufen ihre Produktion nicht, sondern betreiben Subsistenzwirtschaft. Sie sind von den saisonalen Schwankungen am stärksten betroffen. Die Winter sind oft lang und streng. Um bis zum Frühling durchzukommen, müssen viele Kleinbauernfamilien Vieh verkaufen, einen Job ausserhalb der Landwirtschaft annehmen oder Geld leihen. Die Armut trifft besonders die Bergregionen, die nicht nur unter Klimaschwankungen und Naturkatastrophen, sondern darüber hinaus unter schlechten Strassen und erschwertem Marktzugang leiden.

Frauen zuoberst auf die Liste

Seit Benin im Jahr 2003 mit dem Dezentralisierungsprozess begann, wurden nie mehr als 4,5 Prozent Frauen in die Gemeindeparlamente gewählt. Die DEZA unterstützt deshalb Bemühungen, ihre Präsenz in politischen Gremien zu stärken, indem sie insbesondere den Gemeinderätinnenverband in drei Departementen unterstützt.



Paul Hahn/ifaar

Um die Diskriminierung von Frauen in Benin zu verringern, werden unter anderem auch die Männer für das Thema Geschlechtergleichheit sensibilisiert.

(jls) Trotz Gleichstellung der Geschlechter in der Verfassung sowie diversen Gesetzen und Strategien zu deren Umsetzung hält sich die Diskriminierung der Frauen in Benin hartnäckig. Der politische Alltag bleibt weitgehend von Männern beherrscht. Grund dafür sind massive Vorbehalte gegenüber Änderungen, erklärt Blandine Agossou vom Schweizer Kooperationsbüro in Cotonou: «Politiker, Wortführer der Bevölkerungsgruppen und religiöse Leader, Ehemänner – sie alle akzeptieren immer noch nicht, dass Frauen in Gemeinschaftsangelegenheiten mitentscheiden können.» Um diese Hürden zu überwinden, müssten die Männer sensibilisiert werden.

Im Rahmen eines landesweiten Projekts zur Reduktion der Geschlechterungleichheit unterstützt die DEZA seit 2008 die stärkere Einbindung der Frauen in die Entscheidungsgremien. Sie arbeitet dazu mit Frauen-NGO-Konsortien zusammen. «Meist holen die Parteien im letzten Moment ältere Damen und setzen sie unten auf die Listen, so dass sie keine Chance haben, gewählt zu werden», bedauert Blandine Agossou. Deshalb setzt die aktuelle Phase des Projekts auf junge Frauen, damit eine neue Politikerinnengeneration heranwachsen

kann. «Dank den Vorbereitungen können künftige Kandidatinnen vor den nächsten, 2020 geplanten Kommunalwahlen innerhalb der Parteien aktiv werden. Sie werden bereits politisch engagiert sein, wenn sie sich aufstellen lassen.» Rund 240 Mädchen und Frauen dürften diese Ausbildung absolvieren.

Lobbying der Gewählten

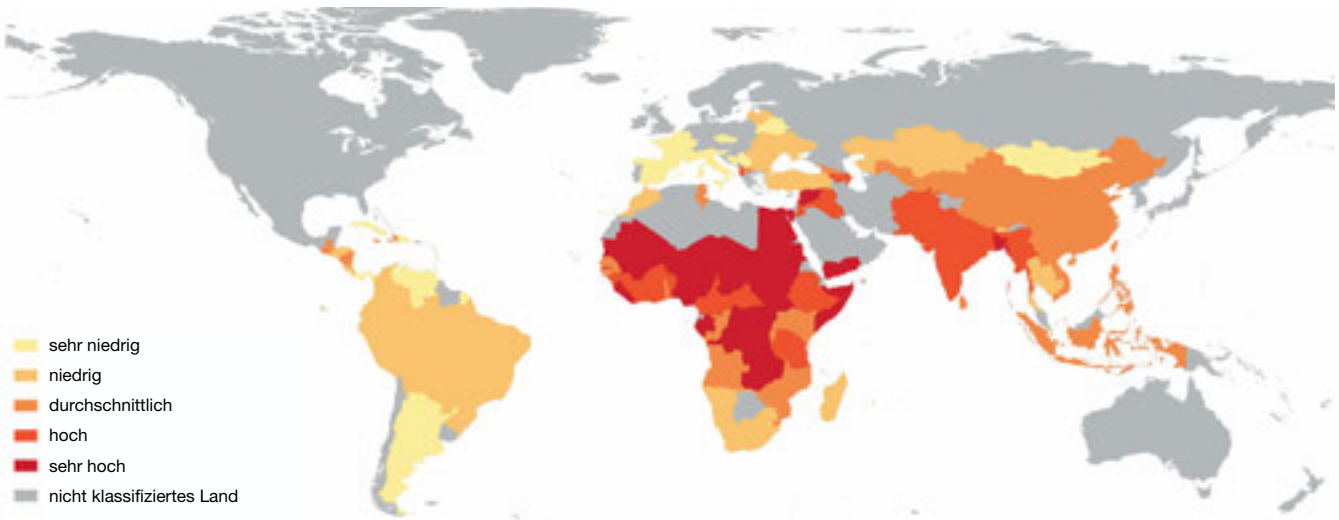
Darüber hinaus unterstützt die DEZA den Verband, den die Gemeinderätinnen dreier Departemente (Borgou, Alibori, Collines) nach ihrer Wahl 2008 gegründet haben. Die Abgeordneten konnten so Kleinprojekte umsetzen, zum Beispiel zur Förderung der Einschulung von Mädchen. «Über diese einfachen Einsätze wurden die neuen Gemeinderätinnen in ihren Gemeinden bekannt und haben andere Dorfbewohnerinnen zum Mitmachen angeregt», sagt Blandine Agossou. Der Verband hat sich überdies bei den Parteien dafür starkgemacht, dass Frauen oben auf die Listen gesetzt werden. Dies hat sich bei den Gemeindewahlen 2015 ausgezahlt: Von den landesweit 65 gewählten Frauen kamen 22 aus den drei erwähnten Departementen. ■

(Aus dem Französischen)

Magere Frauenpräsenz

Frauen sind in den politischen Organen Benins auf allen Ebenen stark unterrepräsentiert. Nur gerade 3 von 21 Ministern und 7 von 83 Parlamentsabgeordneten sind Frauen; ins Parlament gewählt wurde sogar noch eine Frau weniger als in der vorhergehenden Legislaturperiode. Überdies steht bloss bei 5 von 124 Parteien eine Frau an der Spitze. Auf Gemeindeebene sind die Frauen gar noch schlechter vertreten: von den 1435 im Jahr 2015 gewählten Gemeinderatsmitgliedern sind 65 weiblich (4,5 Prozent). Das Gemeindepräsidium ist fast ausschließlich in Männerhand: Unter den 77 Bürgermeistern befinden sich ganze zwei Frauen.

Facts & Figures



Diskriminierungen von Männern und Frauen

Der Index für Gleichberechtigung der Geschlechter und gesellschaftliche Institutionen (SIGI) der OECD misst diskriminierende gesellschaftliche Institutionen, also Normen, Praktiken, geschriebene und ungeschriebene Gesetze, die die Rechte der Frauen und Mädchen einschränken. Der von der DEZA unterstützte Index deckt fünf Bereiche ab: diskriminierendes Familienrecht, eingeschränktes Recht auf körperliche Unversehrtheit, Bevorzugung von Söhnen, eingeschränkte Anrechte und Ressourcen, eingeschränkte bürgerliche Freiheiten. Die Ausgabe 2014 klassifiziert 108 Länder. In 16 dieser Länder – 9 in Europa und 6 in Lateinamerika – ist das Diskriminierungsniveau sehr niedrig. In 17 Ländern – 14 davon in Afrika – ist es hingegen sehr hoch.

www.genderindex.org

Schlüsselzahlen

- Über 70 Prozent der zurzeit in extremer Armut lebenden Menschen sind Frauen.
- In den Entwicklungsländern erledigen die Frauen durchschnittlich 4,5 Stunden pro Tag unbezahlte Hausarbeit, die Männer nur 1,33 Stunden.
- Südlich der Sahara belaufen sich die wirtschaftlichen Verluste wegen geschlechterspezifischen Unterschieden im Mittel auf 95 Milliarden Dollar pro Jahr.
- 133 Millionen heute lebende Mädchen und Frauen sind Opfer von Genitalverstümmelungen.
- Für gleichwertige Arbeit verdienen Frauen durchschnittlich 24 Prozent weniger als Männer. Bei gleichbleibendem Fortschritt, gleicht sich der Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern erst 2186, also in 169 Jahren an.



David Bathgate/Reuters/air

Referenzunterlagen

UN Frauen: *Progress of the World's Women 2015-2016: Transforming Economies, Realizing Rights*

IAO: *Les femmes au travail – Tendances 2016*

UNFPA: *Shelter from the Storm – A transformative Agenda for Women and Girls in a Crisis-prone World, State of World Population 2015*

UNDP: *Africa Human Development Report 2016 – Accelerating Gender Equality and Women's Empowerment in Africa*

High-Level Panel on Women's Economic Empowerment: *Leave no one behind*, September 2016

Zitat

«Die Gleichstellung von Mann und Frau ist ein wirtschaftlicher Trumpf: Sie erhöht die Produktivität und verbessert andere Errungenschaften der Entwicklung, vor allem die Zukunftsaussichten der nachfolgenden Generation sowie die Qualität der Politik und der gesellschaftlichen Institutionen.»
Robert B. Zoellick, Präsident der Weltbankgruppe 2007-2012

Die Nepalesen suchen ihr Glück im Ausland

Kaum ein Land weltweit ist so stark auf Rücküberweisungen von Migrantinnen und Migranten angewiesen wie Nepal. Während die Arbeitsmigration zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor herangewachsen ist, mit deren Regulierung sich die Regierung schwer tut, birgt sie für die Betroffenen selber beträchtliche Risiken. Von Volker Pabst, Kathmandu.

Wie jeden Tag hat sich eine Mensentraube vor dem Eingang A1 des Flughafens von Kathmandu gebildet. Auf mancher Stirn ist das Farbmale Tika zu sehen, das im Hinduismus zu besonderen Anlässen aufgetragen wird. Touristen und ihre typische Trekkingkleidung sieht man allerdings keine. Wer hier ansteht, reist nicht zur Erholung. 2000 Personen fliegen im Durchschnitt täglich aus Kathmandu aus, um im Ausland als Gastarbeiter Geld zu verdienen – so viele, dass sie an einem separaten Flughafentrakt abgefertigt werden.

Endlich Zeit mit dem Sohn

Samridh Shrestha ist guter Dinge. Er hat eben einen längeren Urlaub in seinem Heimatdorf im Süden Nepals verbracht und dabei endlich Zeit mit seinem 15 Monate alten Sohn verbringen können. Natürlich sei es schade, dass dies nun wieder vorbei sei, sagt er. Doch die Arbeitsstelle in einer Marmorfirma in Dubai gefalle ihm. Als leitender Buchhalter genieße er zudem Privilegien. Alle zwölf Monate bezahle man ihm einen Heimflug. Und wenn es gar nicht gehe, dann reiche das Geld auch, um früher auf eigene Kosten zu fliegen.

Berufliche Erfüllung sucht Surinder Mahato keine im Ausland und ist somit wohl repräsentativer für das nepalesische Migrationsphänomen. Früher habe er etwas Landwirtschaft betrieben, doch werfe das kein Geld ab. «Ich muss für zwei Söhne, meine Frau und meine Eltern aufkommen. Zudem ist die Schwester im heiratsfähigen Alter, und ohne gute Mitgift lässt sich kein guter Bräutigam finden.» Ausser ihm habe keiner ein festes Einkommen. Deshalb reise er bereits zum zweiten Mal für einen dreijährigen Einsatz nach Malaysia, um in einer Möbelfabrik zu arbeiten. Ein Rückflug sei während des Einsatzes nicht vorgesehen.

Ohne Rücküberweisungen läuft nichts

Kaum ein Land ist so stark auf Überweisungen aus dem Ausland angewiesen wie Nepal. Laut Daten der Weltbank machten diese 2015 mehr als 32 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus – nur Tadschikistan und Liberia weisen vergleichbare Werte auf. In manchen Landesteilen lebt in sieben von zehn

Endloser

Verfassungsstreit

Offene Proteste gibt es zurzeit keine, das Problem besteht aber fort. Im Terai, dem Tiefland im Landes-süden, war es 2015 wegen der neuen Verfassung zu schweren Ausschreitungen gekommen. Dutzende Personen wurden getötet, die Grenze nach Indien war während Monaten blockiert. Das im September 2015 in Kraft getretene föderalistische Grundgesetz zementierte in den Augen der Terai-Bevölkerung die traditionelle Vorherrschaft der Gebirgsregionen. Besonders kontrovers ist die Grenzziehung zwischen den neu geschaffenen föderalen Provinzen. Während der kommunistische Premierminister Oli die Proteste politisch auszuschlachten suchte und die Gräben zum Terai (und nach Indien) vertiefte, versprach sein maoistischer Nachfolger Dahal, der im August das Amt auch mit Unterstützung der Terai-Parteien übernahm, eine baldige Revision. Geschehen ist bisher aber nichts.



Am Flughafen von Kathmandu werden ausreisende Arbeitsmigrantinnen und -migranten an einem speziellen Schalter abgefertigt.

Haushalten eine Person ausserhalb Nepals.

Aus dem ganzen Land reisen Arbeiter ins Ausland, besonders hoch ist der Anteil aber im Terai, der dicht besiedelten Tiefebene im Süden des Landes. Der Ressourcendruck ist höher, das starre Kastensystem besonders ausgeprägt. Vielleicht ist angesichts der weitverbreiteten Diskriminierung (siehe Kasten) auch der ohnehin hürdenreiche Zugang zum beschränkten Arbeitsmarkt innerhalb Nepals für die Bevölkerung der Tiefebene noch schwieriger als für den Rest der Bevölkerung.

Grundsätzlich gilt aber unabhängig von der ethnischen Zugehörigkeit, dass es für die meisten Nepalesen aus der Provinz einfacher ist, eine Stelle im Golf oder in Malaysia zu finden, als im wirtschaftlichen und politischen Zentrum des Landes Kath-

mandu. Ohne Beziehungen zu den hochkastigen städtischen Eliten, die das wirtschaftliche und politische Leben des Landes dominieren, ist es nahezu unmöglich, sich in der Hauptstadt zu etablieren. Zudem bietet die Anonymität der Fremde auch die Möglichkeit, Arbeiten anzunehmen, die aus Statusgründen in Nepal verschmäht werden. So verrichten im Ausland auch Personen aus höheren Kasten körperliche Arbeiten. In Nepal herrscht dagegen die paradoxe Situation,

samtens Hochzeitsgold dem Pfandleiher überlassen hatte. Deshalb tauchte er ohne Dokumente unter, wurde aber kurz darauf von einem Motorrad angefahren und musste hospitalisiert werden. Mithilfe einer lokalen NGO und der nepalesischen Botschaft wurde er repatriert. Nun wohnt er in einem Heim in Kathmandu für mittellose Rückkehrer, bis sein Bein vollständig verheilt ist und er die dreitägige Fahrt in sein Heimatdorf in Westnepal antreten kann.



Zwei unterschiedliche Geschichten: Barat Sarki (links) landete in einem Heim für mittellose Rückkehrer, Smaridh Shrestha arbeitet seit Jahren als Buchhalter in einer Marmorfabrik in Dubai.

dass sich trotz weitverbreiteter Arbeitslosigkeit und einer im regionalen Vergleich ansprechenden Bezahlung nicht genügend Arbeitskräfte für den Bau finden. Doch auch im Ausland träumen die meisten Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter von einer prestigeträchtigen Bürostelle oder zumindest einem Handwerksjob.

Gebrochene Versprechen

Barat Sarkis erste Enttäuschung, als er jüngst nach Malaysia kam, bestand darin, dass er schwere Holzstämme laden musste und nicht etwa wie vom Stellenvermittler versprochen in der Möbelproduktion arbeitete. Kam hinzu, dass er statt der in Aussicht gestellten 1200 Malaysischer Ringgit pro Monat (rund 275 Franken) nur knapp die Hälfte davon bekam. Um den Pass zurückzubekommen, hätte er dem Arbeitgeber die Summe von 6000 Ringgit bezahlen müssen, als Rückerstattung für dessen Auslagen.

Geld hatte er aber keines, sondern nur Schulden, hatte doch bereits die Vermittlungsagentur 1800 Franken verlangt, wofür die Schwägerin ihr ge-

Transparentere Rekrutierung gefordert

Solche Geschichten gibt es viele, und noch weit schlimmere. 3000 nepalesische Gastarbeiter sterben jährlich im Ausland, oft wegen mangelnder Sicherheitsvorkehrungen. Gastarbeiterinnen, die offiziell fünf Prozent der nepalesischen Arbeitsmigration ausmachen und meist als Hausangestellte arbeiten, sind der Gefahr sexuellen Missbrauchs ausgesetzt. Die Nachfrage nach Arbeitsangeboten im Ausland bleibt davon aber unberührt. Zu gross ist die wirtschaftliche Bedeutung der Migration. Eine Reduktion der Migrationsströme gilt deshalb auch nicht als geeignetes Mittel zur Eindämmung der Risiken. Organisationen wie die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) und die DEZA setzen in ihren Projekten vor allem auf mehr Transparenz im Rekrutierungsverfahren. Auch die Regierung arbeitet in diese Richtung. Im vergangenen Jahr wurde ein Gesetz erlassen, wonach Visa- und Flugkosten vom Arbeitgeber zu übernehmen seien und Vermittlungsagenturen nur noch Gebühren von maximal 10 000 Nepalesischer Rupien (100 Franken) erheben dürfen.

Nepal in Kürze

Name

Demokratische Bundesrepublik Nepal

Hauptstadt

Kathmandu (1,7 Millionen Einwohner)

Fläche

147 181 km²

Bevölkerung

Rund 30 Millionen, über die Hälfte davon ist jünger als 25

Ethnien

Rund 100 ethnische Gruppen indo-arischen und tibeto-birmanischen Ursprungs

Sprache

Nepalesisch, daneben rund 50 Minderheitensprachen bzw. Dialekte

Religion

80% Hindus
9% Buddhisten
4% Muslime
3,1% Kirant
1,4% Christen
2,5% andere





L. Mosca/Archivfoto/afp

In Kathmandu, dem wirtschaftlichen und politischen Zentrum Nepals, ist es für Nepalesinnen und Nepalesen aus der Provinz fast aussichtslos, eine Stelle zu finden.

Schleppender Wiederaufbau

Der Übergang von unmittelbarer Nothilfe zu langfristigem Wiederaufbau stellt immer eine Herausforderung dar. In Nepal war der Prozess nach den Erdbeben des Frühjahrs 2015 aber besonders mühsam. So konnten sich die politischen Parteien erst nach Monaten auf die Besetzung der für die Koordination des Wiederaufbaus zuständigen Behörde einigen. Insbesondere die Auszahlung von Geldern an Privathaushalte, für die Bezugskriterien fehlten, wurde so immer wieder verzögert. Die meisten Erdbebenopfer finanzierten den Wiederaufbau selber vor. In einer Hauruckübung hat Premierminister Dahal, der auch diesbezüglich unter Erfolgsdruck steht, kürzlich die Auszahlung einer ersten Tranche an die identifizierten Haushalte verfügt, ohne sich dabei allerdings mit den Hilfswerken zu koordinieren. Auch im zweiten Winter nach dem Beben bleibt die Frustration unter Gebern und Opfern gross.

Aus Protest gegen den neuen «Foreign Employment Act» waren die Vermittlungsagenturen in einen mehrmonatigen Streik getreten. Unter den neuen Vorgaben könne man nicht mehr wirtschaftlich arbeiten, sagt deren Verbandsvorsitzender auch heute noch. Tatsächlich sind bei einem grenzüberschreitenden Phänomen wie der Arbeitsmigration unilaterale Schritte nur bedingt wirksam. Solange bei der Ausstellung einer malaysischen Arbeitsbewilligung Gebühren von 25 000 Rupien anfallen und die dortigen Arbeitgeber nicht bereit sind, diese zu übernehmen, müssen höhere Kosten in Rechnung gestellt werden. Deshalb sind Arbeitsrechtsorganisationen auch in den Zielländern aktiv.

Erstmals rückläufige Migration

Dass höhere Standards in Nepal aber zu verringerten Arbeitsmöglichkeiten für Nepalis führen, weil dann vermehrt Bürger weniger anspruchsvoller Entsendeländer wie etwa Bangladesch rekrutiert würden, wie es die Vermittler ins Feld führen, lässt man bei ILO und DEZA aber nicht gelten. Besonders im Golf seien Arbeitgeber aus Reputationsgründen zunehmend bereit, Zugeständnisse bei den Arbeitsbedingungen der Migrantinnen und Migranten zu machen. Spätestens der Skandal um die Zustände auf den Baustellen für die Fussballweltmeisterschaft 2022 in Katar war für viele ein

Weckruf. Zudem mache es auch volkswirtschaftlich Sinn, wenn Nepalis nur noch bei Arbeitgebern arbeiteten, die sich an Minimalstandards hielten. Dies reduziere die Betrugsgefahr und erhöhe letztlich die Mittel, die nach Nepal zurückflössen, selbst bei einer verringerten Zahl an Arbeitsmigrantinnen und -migranten.

Deren Zahl ist seit Mitte letzten Jahres tatsächlich erstmals seit Langem wieder zurückgegangen. Verantwortlich sind hierfür aber nicht Veränderungen im nepalesischen Arbeitsgesetz, sondern die Wirtschaftsentwicklung in Malaysia und vor allem im Golf, wo sich der Einbruch der Rohstoffpreise stark auf die Investitionsfreude der Regierungen und somit auch auf den Bedarf an Gastarbeitern ausgewirkt hat.

Der Effekt der Erdbeben vom Frühjahr 2015 war hingegen nur ein vorübergehender. Tatsächlich kamen kurzfristig viele Arbeiter zurück nach Nepal, um sich um Familie und Wiederaufbau zu kümmern. Letzterer wurde aber vornehmlich aus eigener Tasche finanziert, da sich die Auszahlung der Hilfsgelder mehrfach verzögerte. Die Abhängigkeit von Rimeisen aus dem Ausland hat das Erdbeben bei vielen Familien nur weiter erhöht. ■

★ Volker Pabst ist NZZ-Korrespondent für Südasien und wohnt in Neu-Delhi.

Aus dem Alltag von ...

Diepak Elmer, stellvertretender Missionschef der Schweizer Botschaft in Kathmandu

In den letzten zehn Jahren hat Nepal eindrucksvolle Fortschritte erzielt. Die meisten Millennium-Entwicklungsziele wurden erreicht. Im gleichen Zeitraum hat jedoch auch die Regierung im Schnitt einmal pro Jahr gewechselt. Diese politische Instabilität bleibt eine Herausforderung. Sie ist oft verbunden mit politischen Demonstrationen, den sogenannten «Bandhs». Das heisst «geschlossen» – denn während den Bandhs steht das Leben, inklusive Verkehr, nahezu still. Ich habe das Glück, an solchen Tagen mit dem Velo zur Schweizer Botschaft fahren zu können. Das dauert rund 20 Minuten von unserem Haus ausserhalb der Stadt, hinter dem gleich die Reisfelder beginnen.

In der Botschaft bin ich – neben meiner Rolle als Stellvertreter des Missionschefs – hauptsächlich für das Kooperationsprogramm der DEZA verantwortlich. Es ist das älteste und grösste Programm der Schweiz weltweit. Nepal ist ein sehr buntes und vielschichtiges Land. In der Volkszählung von 2011 wurden 125 verschiedene ethnische

«Nepal ist für mich nicht nur Arbeitsort, sondern eine zweite Heimat»

Gruppen und Kasten registriert, mit nahezu gleichviel verschiedenen Sprachen – das ist selbst für uns Schweizerinnen und Schweizer eine unglaubliche Dimension.

Immer, wenn ich unsere Projekte auf dem Land draussen besuche, berührt mich die schier unendliche Herzlichkeit und Gastfreundschaft der Bevölkerung. Meine Kenntnisse der nepalesischen Sprache erleichtern mir den Zugang zu den Menschen. Denn Nepal ist für mich nicht nur Arbeitsort, sondern eine zweite Heimat. Ein Teil meiner Familie hat ihre Wurzeln hier, enge Verwandte leben im Kathmandu-Tal. Diepak, mein Vorname, ist in Nepal relativ verbreitet und bedeutet «Licht».

Besonders Mut macht mir insbesondere die junge Generation. Denn die grossen Fortschritte in der Bildung und Gesundheit sind unübersehbar. In Nepal sind wichtige Entwicklungsprozesse im Gang, die allerdings noch Generationen andauern werden. Jeden Tag begegne ich in Nepal Men-



schen ohne Hab und Gut. Rund ein Viertel der Bevölkerung lebt immer noch unter der Armutsgrenze. Das System der Kasten ist keine offizielle Grösse, doch inoffiziell hat es immer noch eine grosse Bedeutung, obschon sich diese Ordnung in den urbanen Gebieten und unter jungen Menschen etwas aufweicht. Besonders betroffen von Diskrimination sind die sogenannten Unberührbaren, oder Dalits. Physische Kontakte mit ihnen werden vermieden. Dalits leiden auch unter schlechterem Zugang zu Bildung und Arbeitsmarkt und somit unter höheren Armutsraten. Um diesem System entgegenzuwirken, fördert die Schweizer Botschaft unter den lokalen Mitarbeitenden seit vielen Jahren bewusst eine Diversität von Kasten und Ethnien, die in etwa den Verhältnissen im Lande entspricht.

2015 hat sich Nepal eine neue, föderale Verfassung gegeben. Das Schweizer Kooperationsprogramm haben wir in jüngerer Zeit gezielt mit neuen Schwerpunkten ergänzt zur Unterstützung der Transition in Richtung Demokratie: bei den Menschenrechten, der Dezentralisierung und der Friedensförderung. Denn für die wirtschaftliche und politische Entwicklung des Landes ist es zentral, dass die angestrebte Umwandlung hin zu einer föderalen Republik auf möglichst friedlichem Weg gelingt. Ich freue mich jeden Tag, dazu einen kleinen Beitrag leisten zu dürfen. ■

(Aufgezeichnet von Jens Lundsgaard-Hansen)

Erweitert, angepasst, vielfältig

Seit bald 60 Jahren unterstützt die Schweiz das Land am Himalaya. Lag der Fokus zu Beginn bei der technischen Hilfe und ländlichen Entwicklung, so hat die Schweiz ihr Programm inzwischen erweitert. Denn Nepal ist politisch und sozial nach wie vor ein fragiles Land, geprägt von Ungleichheit unter den Geschlechtern und unter sozialen und ethnischen Gruppen. Die Menschenrechte, gute Regierungsführung, Friedensbildung und Gleichstellung der Geschlechter gehören deshalb heute zu den Prioritäten. In den Projekten der DEZA geniesst die Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Strukturen auf lokaler Ebene besondere Beachtung.
www.deza.admin.ch
(Länder, Nepal)

Noch ist es ein weiter Weg

Der Anruf vor sechs Jahren kam überraschend: Das Ministerium für Frauen, Kinder und Soziales informierte mich, dass ich zum Mitglied der Nationalen Frauenkommission ernannt worden sei. In Nepal hatte eine neue politische Ära begonnen, in die alle miteinbezogen werden sollten. Ich komme aus einer armen muslimischen Madhesi-Familie und bin in einer kleinen Stadt in der Nähe von Nepalganj, weit weg von Kathmandu, aufgewachsen. Die Madhesi sind mehrheitlich Hindu und leben im südlichen Tiefland von Nepal entlang der indischen Grenze. Beim Aufbau des nepalesischen Staates wurde diese Volksgruppe marginalisiert. Innerhalb der Madhesi gibt es eine weitere Minderheit, die muslimischen Madhesi; sie machen 4,5 Prozent der nepalesischen Bevölkerung aus. In meiner Kindheit wurden muslimische Mädchen selten zur Schule geschickt, aber meine Eltern ermöglichten mir die Schulbildung, obwohl mein Vater mit seiner Schreinerei nicht viel verdiente.

In den frühen 1990er-Jahren engagierte ich mich im kulturellen und politischen Bereich und wurde Mitglied von Amnesty International. Zudem boomen die Medien und ich berichtete als Lokaljournalistin vor allem über Frauen- und Kinderthemen. Als erste muslimische Anwältin in Nepal war ich zunächst für die Anwaltskammer tätig und sorgte dafür, dass arme Frauen, die Opfer von Gewalt geworden waren, unentgeltlichen Rechtsbeistand erhielten. Zwischen 2002 und 2010 arbeitete ich für nationale und internationale Organisationen, die sich für den Schutz und die Förderung der Frauenrechte, der Geschlechtergerechtigkeit und -gleichheit einsetzen. Ich reiste in

entlegene ländliche Gebiete, traf Frauen, arbeitete als Gender-Trainerin und nahm an Workshops und Seminaren zu Frauenanliegen teil. Meine Aufnahme in die Frauenkommission erlaubte mir, mich auf nationaler Ebene für die Stärkung der Frauenrechte einzusetzen. Zu Beginn hatte ich keine Ahnung, was für Schwierigkeiten auf mich zukommen würden. Insbesondere die Zusammenarbeit mit der staatlichen Verwaltung, die von männlichen Vertretern aus höheren Kasten dominiert wird, war eine Herausforderung.



Mohna Ansari lebt und arbeitet in Kathmandu. Neben ihrer Arbeit als Anwältin und ihrem Engagement als Mitglied der Nationalen Menschenrechtskommission von Nepal, verbringt sie gerne Zeit mit Frauen und jungen Leuten, die sich aktiv für Frauenanliegen einsetzen und beispielsweise Opfer von Säureangriffen unterstützen. In ihrer Freizeit besucht Mohna Ansari Buchpremierer, engagiert sich für die Erhaltung traditioneller Musikinstrumente, arbeitet im Garten, liest Bücher, schreibt Artikel oder verbringt Zeit mit ihren Kindern.

Natürlich gab es mehrere Versuche, mich zu entmutigen und meine Arbeit zu untergraben, denn ich untersuchte Fälle von Gewalt gegen Frauen und verteidigte Justizopfer, zu denen auch Frauen gehörten, die mit hochrangigen Regierungs- und Polizeibeamten verheiratet waren. Aber ich arbeitete hart, wusste die Medien zu nutzen, um meine Arbeit publik zu machen, und die Frauenanliegen in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken. Zudem baute ich ein Netzwerk auf und gelang es mir, die Frauenkommission bekannter zu machen und ihr Profil als aktive, engagierte Institution zum Wohle der Frauen sowohl auf politischer als auch auf anwaltschaftlicher und programmatischer Ebene zu stärken. Als meine Amtszeit 2014 ablief, wurde ich von der Regierung für sechs Jahre in die Nationale Menschenrechtskommission berufen, wo ich derzeit arbeite.

Rückblickend auf die vergangenen 15 Jahre bin ich stolz darauf, dass ich das Leben der Frauen durch anwaltschaftliche, programmatische, politische und gesetzliche Reformen verbessern konnte. Bei der Frauenkommission konnte ich einige Fälle von

Gewalt gegen Frauen untersuchen und die Opfer darin unterstützen, dass ihnen Gerechtigkeit widerfährt und die «Kultur der Straflosigkeit» ein Ende findet. Die weitverbreitete Gewalt gegen Frauen bestärkt mich darin, meine Arbeit für die Geschlechtergerechtigkeit und -gleichheit fortzuführen. Bis sich die Situation der nepalesischen Frauen und Mädchen verbessert, ist es noch ein weiter Weg. ■

(Aus dem Englischen)



Respektvolle Pflege

Ältere und behinderte Menschen leben in Polen üblicherweise in Heimen. Nun verfolgen vier Pilotprojekte der DEZA neue Ansätze, welche Pflege, Gesundheit und Lebensqualität vereinen und deren Resultate bereits in die Konzepte des polnischen Gesundheitssystems einfliessen.



Ministry of Health of Poland/Marcin Zebba

Im Vordergrund der Projekte stehen der Ausbau der Infrastruktur in den Heimen sowie der sozialen Dienste bei der Pflege.

(jäh) 43 Heime für ältere und behinderte Menschen, aber auch für Jugendliche mit besonderen Schwierigkeiten sind Gegenstand der Projekte in vier wirtschaftlich schwachen Regionen Polens. Damit sollen insbesondere die Gesundheit und Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner der Heime verbessert werden. Heute bestehen nur für rund ein Drittel von ihnen Beschäftigungs- oder Rehabilitationstherapien. Gemäss Sophie Delessert, Programmbeauftragte der DEZA, ist eine «gewisse Tendenz, die Menschen in den Heimen zu ‚parkieren‘, unübersehbar».

Sind die Menschen hingegen aktiv und in ein soziales Leben im und um das Heim integriert, bleiben sie länger gesund, fühlen sich geschätzt und würdig behandelt. «Es geht darum», sagt Erika Placella, Gesundheitsexpertin in der DEZA, «die Beziehung zwischen Patient und Pflegepersonal positiv zu verändern. Die Pflege soll von Dialog und Respekt geprägt sein.»

Drei Ansätze stehen im Vordergrund: der Ausbau der Infrastruktur nach EU-Normen, wie zum Beispiel der Einbau von Liften oder die Beschaffung von Rollstühlen; die Aus- und Weiterbildung des Personals, um die Qualität der Pflege zu erhöhen;

und schliesslich die Erweiterung der Aktivierungstherapien in den Heimen.

Künftig dezentrale Pflege

Die Projekte laufen, zusammen mit dem Erweiterungsbeitrag der Schweiz an die EU, 2017 aus. «Die innovativen Ansätze, wie die Verbindung medizinischer und sozialer Dienste, sind bei Betroffenen, deren Angehörigen und dem Personal auf ein sehr gutes Echo gestossen», hält Sophie Delessert fest. Viele davon dürften nun auch formell in das nationale Pflegesystem für Heime einfliessen.

Gleichzeitig soll aber auch der Aufbau von dezentralen Pflegediensten vorangetrieben werden, damit ältere, aber noch rüstige Menschen oder Menschen mit leichten Behinderungen zu Hause statt in Heimen leben können. «Dafür sprechen nicht zuletzt finanzielle Gründe», sagt Erika Placella. «Angesichts der alternden Bevölkerung wird sich eine auf Heime ausgerichtete Pflege kaum finanzieren lassen.» Die vier Projekte der DEZA haben denn auch Wege skizziert, die in Richtung einer diversifizierten und dezentralen Pflege führen könnten. ■

Strukturschwache Regionen

Die Finanzierung der vier Projekte in Polen erfolgt aus dem Schweizer Beitrag an die erweiterte EU. Für die Umsetzung der Projekte, die Polen im Umfang von 15 Prozent mitfinanziert, sind die regionalen polnischen Behörden für Soziales verantwortlich. Die insgesamt 58 Projekte der DEZA und des SECO in Polen bilden das grösste bilaterale Kooperationsprogramm, das die Schweiz je unterstützt hat. Von den 489 Millionen Franken fliessen rund 40 Prozent in die vier strukturschwachen Regionen im Südosten des Landes.

Stärker als der Terror

Die Terrorgruppe Boko Haram hat das Gebiet um den Tschad-See mordend und brandschatzend verwüstet. Allein im Südosten des Niger sind 280 000 Menschen auf der Flucht. Ein von der DEZA unterstütztes psychosoziales Projekt arbeitet daran, dass die Opfer ihre im Konflikt erlittenen Traumata loswerden und einen neuen Lebenssinn finden können.



Flucht vor der Terrorgruppe Boko Haram: Vertriebene in spontan gebildeten Flüchtlingslagern.

#BringBackOurGirls

2014 ging der Hashtag #BringBackOurGirls um die Welt. Es war der verzweifelte Appell nigerianischer Aktivistinnen auf Twitter. Sie wollten auf die Entführung von 276 Studentinnen aufmerksam machen, die aus einer christlichen Schule im Nordosten Nigerias entführt wurden. In der Nacht auf den 15. April 2014 hatte eine Gruppe bewaffneter Männer, Mitglieder der dschihadistischen Organisation Boko Haram, die Mädchen aus dem Schlaf gerissen, sie auf Pick-Ups geladen und war mit ihnen in Richtung des Sambisa-Waldgebietes, des Zentrums der Dschihadisten, verschwunden. Von den Mädchen fehlt danach jede Spur. Noch immer sind 200 Mädchen verschwunden. Regelmässig strahlt die Terroristengruppe Videos aus, in welchen die Jugendlichen gezeigt werden.

(Ib) «Ich frage mich oft, woher sie die Kraft nehmen, weiterzumachen», erzählt Marzia Vigliarini. Die für den Niger zuständige Missionschefin der italienischen NGO COOPI spricht von den Hunderttausenden intern Vertriebenen und den vor dem Terror der dschihadistischen Organisation Boko Haram Geflohenen. «Sie haben alles verloren. Die Häuser sind verbrannt, die Verwandten niedergemetzelt, die Tiere getötet – aber sie machen weiter.»

COOPI arbeitet in den Flüchtlingslagern und in den spontan gebildeten Camps der Vertriebenen im Gebiet Diffa, im Südosten des Niger. Neben der klassischen humanitären Hilfe unterstützt sie die Menschen auch im psychosozialen Bereich. Der Bedarf ist riesig. «Die einzigen Farben, die die Kinder in ihren Zeichnungen benutzen, sind schwarz und rot – die Farben des Todes und des Blutes, die sie überall gesehen haben. Sie zeichnen die abgeschlagenen Köpfe auf der einen Seite, die kopflosen Körper auf der anderen und dann noch die gebogenen Säbel, die für das Gemetzel verwendet wurden.»

Auf der Flucht vor Boko Haram

Die Angriffe der Terrorgruppe Boko Haram begannen 2009 im Bundestaat Borno, im Nordosten

Nigerias. Seit 2013 hat sich der Konflikt auf das ganze Gebiet um den Tschadsee ausgeweitet. Das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge UNHCR registrierte Ende Mai 2016 rund 2,7 Millionen Vertriebene im Tschadbecken. Der grösste Teil davon suchte Zuflucht bei lokalen Gemeinschaften in behelfsmässigen Hütten aus Stroh, Blech, Stoffetzen oder Plastik. «Im Gebiet von Diffa finden sich diese spontanen Behausungen längs der Nationalstrasse 1, die parallel zur Grenze mit Nigeria verläuft», erläutert Rudolf Krebs, DEZA-Verantwortlicher in Bamako für das humanitäre Programm im Sahel. «Sie wollen nicht in die Flüchtlingscamps der UNHCR, da sich diese zu weit weg von der Grenze befinden. Tagsüber kehren nämlich viele von ihnen zurück nach Nigeria, um dort in ihren angestammten Berufen zu arbeiten.»

Gemäss der UNO-Stelle für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten OCHA waren Ende Juni 2016 allein in der Region Diffa über 280 000 Menschen auf der Flucht. Es sind intern Vertriebene, ausserdem Zivilisten aus Niger, die zurückgekehrt sind, nachdem sie in Nigeria gelebt hatten, sowie Flüchtlinge aus anderen benachbarten Staaten. 80 Prozent von ihnen leben bei Familienangehörigen oder Freunden oder wurden von

lokalen Gemeinschaften aufgenommen. Diese leiden jedoch selbst an den Folgen des Klimawandels, der mit Dürreperioden und Überschwemmungen einhergeht. Die ganze Gegend entwickelt sich zunehmend zur Wüste. Der Niger ist das ärmste Land der Welt. Und somit sind allein schon in der Region von Diffa über eine halbe Million Menschen von humanitären Akteuren abhängig, die in einem extrem unsicheren Kontext, in abgelegenen, unwirtlichen Gegenden und Halbwüsten agieren müssen.

Die Gewaltspirale durchbrechen

Im Niger glaubt ein grosser Teil der Bevölkerung, dass mentale Störungen mit bösem Zauber oder verhextem Blick zu tun haben und nur durch einen Heiler oder Mediziner geheilt werden können. Auch Ärzte sind nicht hinreichend auf psychische Krankheiten vorbereitet. Deshalb konzentriert COOPI ihre Bemühungen auch auf die Ausbildung von Pflegepersonal und Lehrpersonen, die mit psychischen Störungen umgehen können. «Sechs Psychologen arbeiten momentan daran, die



Freizeitaktivitäten wie Sport helfen, die erlittenen Traumata zu verarbeiten.

Wiederaufbau des Alltagslebens

Mehr noch: Die klassische humanitäre Arbeit genügt hier nicht. Viele der vor den Grausamkeiten der Dschihadisten Geflohenen sind traumatisiert. «Wir sehen Depressionen, Angstzustände, posttraumatischen Stress, Phobien oder Apathien», sagt Marzia Vigliaroni.

COOPI bietet mit ihrem von der DEZA unterstützten Projekt den Menschen psychosoziale Unterstützung, um die erlittenen Traumata zu verarbeiten. Im Zentrum stehen Kinder, Jugendliche und Frauen. Kinder bekommen die Gelegenheit für Freizeitaktivitäten wie Spiele, Gesang, Tanz, Sport oder Malen. Jugendlichen werden zudem Alphabetisierungskurse angeboten. «Wir bauen an der Zukunft neuer Generationen», betont Vigliaroni. «Wenn sie eine Arbeit finden und es schaffen, ihrem Leben einen Sinn zu geben, werden die jungen Männer vielleicht nicht von Boko Haram rekrutiert und die Mädchen nicht in der Prostitution landen».

Menschen für psychische Gesundheit zu sensibilisieren, über die Gründe von Störungen und ihre Auswirkungen in den Gemeinschaften. Am Ende jedes Treffens bieten sie individuelle Beratungen an», erklärt die Missionschefin.

In einem Gewaltkontext, wie demjenigen der Boko Haram, leben die Menschen dennoch weiter. Die Kinder spielen, lachen, laufen hinter einem Ball her und gehen in eine der 50 Behelfsschulen, die in der Region von Diffa gebaut wurden. 40 nigerianische Studenten haben dank einer Fernausbildung das staatliche Examen geschafft. Alle kämpfen für eine bessere Zukunft. «Wir müssen die Gewaltspirale durchbrechen», sagt Rudolf Krebs. «Psychosoziale Massnahmen helfen, damit die Menschen ihre Kraft nicht für Rache, sondern für den Aufbau eines neuen Lebens einsetzen.» ■

(Aus dem Italienischen)

Krise in der Region des Tschad-Sees

«Millionen Menschen leiden an Hunger, leiden an den Konflikten und den schrecklichen Verletzungen der Menschenrechte im Tschadbecken. Es ist eine der schlimmsten humanitären Krisen der Welt», mahnte Jan Eliasson, UNO-Vizegeneralsekretär, am Flüchtlingsgipfel in New York von verganginem Herbst. Laut Angaben des UNHCR benötigen dort über neun Millionen Menschen dringend humanitäre Hilfe, über 6,3 Millionen hungern. Unicef weist ausserdem in seinem Bericht «Children on the move, children left behind» darauf hin, dass über 1,4 Millionen Kinder ihr Zuhause verloren haben und davon rund eine Million in den von Boko Haram kontrollierten Zonen eingesperrt sind. Zudem wurden in den ersten acht Monaten des Jahres 2016 38 Mädchen und Knaben als Selbstmordattentäter missbraucht. Seit 2014 wurden 86 Selbstmordattentate registriert, bei denen Minderjährige als Attentäter instrumentalisiert wurden.

Einblick DEZA



DEZA

Schub für Tunesischen Roten Halbmond

(bm) Der Tunesische Rote Halbmond (CRT) ist die wichtigste karitative Organisation der tunesischen Zivilgesellschaft. Zwei seiner Tätigkeiten sind die Winterhilfe für die Bergbevölkerung sowie die Unterstützung Tausender von Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten aus Libyen. Damit der CRT als moderner, professioneller und effizienter Akteur wirken kann, unterstützt die DEZA den Ausbau von dessen Kapazitäten: Dazu gehören insbesondere die Entwicklung der technischen und zwischenmenschlichen Kompetenzen der Mitarbeitenden, die Förderung von Frauen und jungen Leuten auf Kaderstufe sowie die Anerkennung der Rolle des CRT durch die nationalen Behörden.
Projektdauer: 2016-2018
Volumen: 1,1 Millionen CHF

Gesundheitsförderung in Moldawien

(dce) In Moldawien sterben 26 Prozent der Bevölkerung noch vor siebzig an nicht übertragbaren Krankheiten wie Diabetes, Krebs, akuten Herz-Kreislauf- oder Atemwegserkrankungen. Diese Rate ist dreimal höher als in der Schweiz. Schuld daran sind die geringe Lebensqualität und ein wenig effizientes Gesundheitssystem. Dieses ist viel zu stark auf die Behandlung ausgerichtet, während der Prävention kaum Beachtung geschenkt wird. Zur Beseitigung dieser Mängel koordiniert die DEZA zusam-

men mit den Sozialdiensten die Pflege und sensibilisiert die Bevölkerung gemeinsam mit Gemeinden und Lokalbehörden für einen gesünderen Lebensstil.

Projektdauer: 2016-2020
Volumen: 4,53 Millionen CHF

Mazedonien: Gestärkte Gemeinderäte

(scwau) Im Rahmen der laufenden Dezentralisierung hat Mazedonien seit 2001 zahlreiche Kompetenzen an die Gemeinden abgegeben. Allerdings fehlt es den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten an entsprechenden Kenntnissen und Informationen. Zudem sind sie zuwenig unabhängig von der Regierung. Um ihre Rolle als Aufsichts- und Vertretungsorgan zu stärken, bietet ihnen die DEZA spezielle Kurse und Experten-Lernprogramme an. Damit gewinnen die lokalen Exekutivbehörden an Effizienz und können gleichzeitig ihre Handlungen und Budgets besser auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger ausrichten.
Projektdauer: 2016-2020
Volumen: 4 Millionen CHF

Erfahrungsaustausch

(dey) Die Zusammenarbeitsinitiative ESTHER (Ensemble pour une Solidarité Thérapeutique Hospitalière En Réseau) setzt sich zum Ziel, die Gesundheitssysteme von Staaten mit geringem oder mittlerem Einkommen zu stärken. Dies, indem sie Schweizer Spitäler



Kanaz, Amara/NY/Redux/lat

und Forschungsinstitute mit gleichartigen Institutionen in Entwicklungsländern verbindet. Dabei sollen beide Seiten Erfahrungen und Know-how austauschen und voneinander profitieren können. Das Projekt konzentriert sich vor allem auf sexuelle und Reproduktionsgesundheit, inklusive Aids.
Projektdauer: 2016-2019
Volumen: 1,45 Millionen CHF

UNO-Wasserbeitrag

(dey) Das 6. nachhaltige UNO-Entwicklungsziel (SDG) soll garantieren, dass alle Zugang zu Wasser und Siedlungshygiene haben und bis 2030 ein nachhaltiges Management der Wasserressourcen sicherge-



Pep Bonnet/Noor/lat

stellt ist. Um dieses Vorhaben umzusetzen, verbindet UN-Wasser die Wasser- und Siedlungshygiene-Aktionen und -Initiativen der verschiedenen UNO-Agenturen untereinander. Die DEZA unterstützt die Institution bei der Verbesserung seiner Effizienz auf institutioneller und operativer Ebene, damit diese ihre Vorreiterrolle als Koordinatorin zur Umsetzung und Begleitung des 6. SDG wahrnehmen kann.
Projektdauer: 2016-2020
Volumen: 2,5 Millionen CHF

Rettung Schiffbrüchiger im Mittelmeer

(mpe) Die Nichtregierungsorganisation Migrant Offshore Aid Station (MOAS) rettet möglichst viele Menschen vor dem Ertrinken, die von den libyschen Küsten aus nach



Jasen Florin/MOAS

Westeuropa gelangen wollen. Ihr Rettungsschiff Phoenix führt hochpräzise Instrumente wie Helikopterdrohnen mit Kameras mit sich, die auch kleinste Boote in Seenot zu erkennen vermögen. Innert eineinhalb Jahren wurden rund 26 500 Personen vor dem fast sicheren Tod gerettet. Die DEZA war die erste staatliche Entwicklungsagentur, welche die Arbeit von MOAS unterstützt hat.

Projektdauer: 2016
Volumen: 250 000 CHF

Hilfe für Haiti nach Matthew

(ung) Kurz nachdem am 4. Oktober 2016 der Orkan Matthew mit über 250 km/h über den Südwesten Haitis hinweggefegt ist und dabei grosse Schäden angerichtet und hunderte Opfer gefordert hat, entsand die DEZA Detachements des Schweizerischen Korps für Humanitäre Hilfe ins Krisengebiet. Während drei Monaten lieferten die Schweizer Experten Trinkwasser und Material zum Bau von Notunterkünften in die Region Port-Salut, wo die Not am grössten ist. Die DEZA unterstützt Haiti, welches eines seiner prioritären Länder ist, sich von den Folgen des Orkans zu erholen. Die Teams räumen Strassen und Agrarland, um in den zerstörten Gebieten die Wirtschaft anzukurbeln, und bauen Schulen wieder auf.

Projektdauer: 2016-2017
Volumen: 4 Millionen CHF

Auf dem Weg zu einer besseren Welt

Nachdem vergangenen Herbst die UNO die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung gutgeheissen hat, analysiert der Bund, wo die Schweiz steht und wo Handlungsbedarf besteht. Einige Nichtregierungsorganisationen bemängeln, dass der entsprechende Bundesratsbericht erst Anfang 2018 vorliegen soll und dass nicht alle Akteure eingebunden sind. Von Luca Beti.



Georgios Kefalas/Keystone

Öffentliches Gemüserüsten im Frühling 2016 in Basel, um auf die Lebensmittelverschwendung aufmerksam zu machen: Diese soll auch in der Schweiz bis 2030 pro Kopf halbiert werden.

Die Ziele bis 2030 sind klar, doch um den Weg festzulegen, muss die genaue Ausgangslage bekannt sein. Daraus besteht – kurz gesagt – momentan die Arbeit der Schweiz. «Es ist wie bei einem Puzzle: Wir fügen erstmal die vorhandenen Stücke zusammen, um dann die fehlenden Elemente zu finden», erläutert Andrea Ries, DEZA-Koordinationsverantwortliche zur Umsetzung der Agenda 2030.

Die im Herbst 2015 von 193 Regierungs- und Staatschefs verabschiedete Agenda 2030 führte die Millenniumsziele und die Rio-Agenda zusammen. Mit 17 Zielen für eine nachhaltige Entwicklung und 169 Unterzielen will sie innerhalb von 15 Jahren Visionäres verwirklichen: Künftigen Generationen eine bessere Welt hinterlassen – durch Armutsbekämpfung, Beenden des Hun-

gers, Reduktion sozialer Ungleichheit, Erhalt der Ökosysteme, nachhaltige Nutzung der Ressourcen und Friedensbemühungen. All dies sind universelle Ziele und betreffen sowohl die Länder des Südens wie des Nordens.

Planung und Kritik

Nachdem die Schweiz bereits entscheidenden Anteil bei der Formulierung der Agenda 2030 hatte, will sie nun ihre Strategie für eine nachhaltige Entwicklung auf nationaler Ebene, aber auch ihre internationalen Beiträge festlegen. In einem interdepartementalen Prozess – geleitet von der DEZA und dem Bundesamt für Raumentwicklung ARE – wird eine Arbeitsgruppe bis Ende Jahr klären, wo in der Schweiz die Herausforderungen liegen. «Nehmen wir als Beispiel das

Messbare Ziele

Seit 2003 wird die nachhaltige Entwicklung der Schweiz mit einem Indikatorensystem gemessen, dem sogenannten «Monitoring der Nachhaltigen Entwicklung» (MONET). Beispielsweise messen 73 Indikatoren die Lebensqualität, die Ressourcenverteilung oder die Übernutzung der Umwelt. Künftig müssen diese Indikatoren an die Agenda 2030 angepasst werden. Caritas Schweiz fordert den Bundesrat auf, eine ständige ausserparlamentarische Kommission einzuberufen, welche den gegenseitigen Austausch fördern, Empfehlungen abgeben und die Umsetzung der Agenda 2030 sicherstellen soll. Alliance Sud wiederum setzt sich mit anderen NGOs dafür ein, eine zivilgesellschaftliche Plattform aufzubauen, die als eine Art «Wachhund» die Verwaltung bei der Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung in der Schweiz und bei ihren Auslandaktivitäten kritisch beobachten will.
www.bfs.admin.ch (Monet)
www.agenda2030.admin.ch



Monchenguetter/Sciences/lat

Ein Schweizer Trumpf bei der Umsetzung nachhaltiger Entwicklungsziele sind weltweit führende Forschungseinrichtungen wie das Cern in Genf.

Weltspitze

Gemäss dem Bericht des Weltwirtschaftsforums (WEF) über die globale Konkurrenzfähigkeit 2016-2017 ist die Schweiz bezüglich Innovationskraft, makroökonomische Stabilität, Bildungssystem und Forschungseinrichtungen weltweit führend. Diese Trümpfe gilt es im Prozess der Umsetzung nachhaltiger Entwicklungsziele auszuspielen. «Dank ihrer breit gefächerten Kompetenzen hat die Schweiz das Potenzial, eine Hauptdarstellerin bei der Umsetzung der Agenda 2030 zu werden», unterstreicht Sabine Döbeli, Geschäftsleiterin von Swiss Sustainable Finance. «Die schweizerische Wirtschaftswelt soll die Entwicklungsziele nicht als Hemmnis betrachten, sondern als Gelegenheit für zusätzliche Innovation, Forschung und Effizienz. Einige grosse Firmen haben bereits Berichte ausgearbeitet, die aufzeigen, welches ihr spezifischer Beitrag zum Erreichen der Ziele der Agenda 2030 ist.» www.weforum.org (Global Competitiveness Report)

Unterziel 12.3, welches die Halbierung der Nahrungsmittelverschwendung pro Kopf vorsieht und den Verlust von Nahrung in der Produktions- und Lieferkette reduzieren will», verdeutlicht Andrea Ries. «Hier stellt sich die Frage, ob sich die Schweiz ein analoges Ziel geben will. Auch bei uns landet ein Drittel der Nahrungsmittel im Abfall.»

Bis Anfang 2018 soll eine Arbeitsgruppe dem Bundesrat einen Bericht mit Empfehlungen und konkreten Schritten liefern. Für die Organisation Alliance Sud dauert dieser Prozess zu lang, zudem brauche es auch Inputs von bundesexternen Akteuren. «Wenn man wirklich die Schwachpunkte und realen Probleme aufzeigen und die Bereiche benennen will, in welchen Interventionen nötig sind, müssen alle gesellschaftlichen Akteure einbezogen werden. Gerade in der Zivilgesellschaft ist hier viel Erfahrung und Wissen vorhanden», betont Eva Schmassmann von Alliance Sud. «Genau deshalb hat der Bund die Plattform *Dialog 2030* geschaffen, um die Zusammenarbeit von allen und auf allen institutionellen Ebenen zu forcieren», hält Andrea Ries dagegen. Die Plattform dient dem Austausch bei der Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung durch die Schweiz in ihrer Innen- und Aussenpolitik.

Dreh- und Angelpunkt der Agenda

Eine zentrale Rolle bei dieser Umsetzung hat die Internationale Gemeinschaft dem Privatsektor zugeschrieben. «Nur damit können die enormen Geldmengen mobilisiert werden, die zur Umset-

zung der Agenda 2030 nötig sind», betont Sabine Döbeli, Geschäftsleiterin der Organisation Swiss Sustainable Finance, welche rund 90 Institutionen aus dem Finanzsektor vertritt. «Der Finanzsektor ist ein überaus wichtiger Dreh- und Angelpunkt für die Realisierung der Entwicklungsziele. Einerseits kann er über geeignete Finanzinstrumente privates Kapital mobilisieren, andererseits kann die Berücksichtigung von Themen wie Arbeitsbedingungen oder Umweltbelastung im Rahmen von Finanzdienstleistungen für Unternehmen Anreize schaffen, ihre diesbezügliche Leistung zu verbessern.»

Am ersten politischen UNO-Forum zur nachhaltigen Entwicklung von vergangenen Herbst spürte Sabine Döbeli unter den Ländervertretern eine Aufbruchsstimmung. «Alle schienen sehr motiviert, die grossen Herausforderungen in Angriff zu nehmen», erinnert sie sich. Gemäss Eva Schmassmann fehlt in der Schweiz jedoch bisher der politische Wille. «Die Regierung hat weder die finanziellen Mittel noch regulatorischen Instrumente bereitgestellt, um die Umsetzung der Agenda 2030 in Gang zu setzen», unterstreicht die Verantwortliche für Entwicklungspolitik bei Alliance Sud.

Aus starren Mustern ausbrechen

Als kleines, rohstoffarmes Land hängt die Schweiz in einer globalisierten Welt vom Ausland ab. «Trotz gegenseitiger internationaler Abhängigkeiten bedenken wir nicht die Konsequenzen unserer politischen Entscheidungen», sagt denn auch Marianne Hochuli von Caritas Schweiz. «Deshalb fordern wir den Bundesrat auf, eine Expertenkommission zu schaffen, um die möglichen Interessenskonflikte mit den Zielen nachhaltiger Entwicklung zu klären. Wir müssen das Silo-Denken überwinden.»

Der Bund hat die Ziele der Agenda 2030 bereits in das Strategieprogramm für nachhaltige Entwicklung 2016-2019 sowie in die Botschaft über Internationale Zusammenarbeit 2017-2020 integriert. Seit 2003 wird zudem die nachhaltige Entwicklung durch ein nationales Indikatoren-system gemessen. Die Schweiz startet demnach nicht bei null, ist aber noch lange nicht am Ziel: Das Zusammenspiel funktioniert noch nicht, zudem sollte die Zivilgesellschaft im ganzen Prozess miteinbezogen werden. Tatsache ist, nur wenn alle Akteure zum Erfolg beitragen, kann künftigen Generationen eine bessere Welt hinterlassen werden. ■

(Aus dem Italienischen)

Marokko – stossweises Vorwärtkommen

«Marokko ist der einzige lauwarme Kessel der Region. Alle andern hängen über dem Feuer.» So kommentierte 2013 ein europäischer Abgeordneter auf Besuch in Marokko die Situation des Landes im Vergleich zu seinen nahen und ferneren Nachbarn. Dabei konnte «lauwarm» bedeuten, der einst kochend heisse Kessel sei inzwischen abgekühlt oder aber immer schon lauwarm gewesen. Fünf Jahre nach den Aufständen von 2011 wirkt im Rückblick die erste Hypothese plausibler. Marokko erlebt immer wieder stärkere oder schwächere Erschütterungen und findet dann jeweils zur gewohnten Ruhe zurück.

Abgesehen von üblichen Demonstrationen und vereinzelten Krawallen wurde es in Marokko in letzter Zeit zweimal brenzlich. Am 20. Februar 2011 kam es in Dutzenden von Städten zu Aufständen, bei denen vor allem mehr Freiheit und Demokratie gefordert wurden. Und am 30. Oktober 2016 wurde in Al-Hoceima, im Norden des Landes, der Fischhändler Mouhcine Fikri von einem Müllwagen zer-

drückt, in den die Behörden zuvor seinen angeblich unerlaubten Fang geworfen hatten: Der mittellose junge Mann aus dem Rifgebirge war zur Zielscheibe einer willkürlichen, arroganten und korrumpierten Macht geworden. Auf den sozialen Netzwerken breitete sich postwendend eine Welle der Empörung aus, in 20 Städten Marokkos kam es zu spontanen Aufständen.

Wie die Selbstverbrennung von Mohamed Bouazizi 2011 in Tunesien, entfachte der Tod von Mouhcine Fikri den Volkszorn. Die Leute gingen einmal mehr auf die Strasse, um die «Hogra» – marokkanisch-arabisches Dialektwort für Erniedrigung und Machtmissbrauch – anzuprangern. Das Ereignis verweist auf die latente Entrüstung, die jederzeit zum Ausdruck kommen kann, solange politische und wirtschaftliche Ungerechtigkeit herrscht.

Worauf aber beruht dieses regelmässig auffallende Unbehagen? Wie ist es möglich, dass der Kessel danach lauwarm bleibt? Die erste Ursache ist Korruption sowie das

Fortbestehen ungerechtfertigter Privilegien und Begünstigungen, die den einfachen Bürger ohne Aussicht auf faire Behandlung verzweifeln lassen. Der zweite, eng zusammenhängende Grund: Es geht um die Tendenz des sicherheitspolitischen Systems, den einfachen Leuten, die arm oder auch bloss auf sich allein gestellt sind, mit Arroganz und manchmal unrechtmässiger Gewalt zu begegnen. Und drittens ist es der nach wie vor verbreitete Hang zu Unterwürfigkeit und freiwilliger Knechtschaft – nimmt der Groll jedoch überhand, wird die Reaktion unkontrollierbar. Die vierte Ursache liegt in der spannungsanheizenden Macht der identitätsbildenden (islamistischen, saharaischen oder berberischen) Gruppierungen und Perspektiven bzw. in der wirtschaftlichen Ausweglosigkeit.

Allerdings glätten sich die Wogen dann jeweils aus verschiedenen Gründen. Zunächst erlebt man sich nicht als Gefangenen eines völlig autoritären und unterdrückerischen Systems: Es geht mehr um die unbedingte Notwendigkeit von Reformen, als um einen unmittelbar bevor-

stehenden Umsturz. Sodann fördert das enge Korsett der behördlichen Vorgaben nicht nur die vertikale Überwachung, sondern auch die soziale Kontrolle. Und schliesslich hält die breite Palette von Machtmitteln den Herrschenden immer wieder neue Auswege offen. Aber ob dies auf längere Sicht haltbar ist? Jedenfalls können sich dank dieser Konstellation die Machthabenden rasch anpassen – und organisierte und sensibel reagierende Gruppierungen können den Druck dagegen stossweise aufrechterhalten. Stossweise – so wird wohl Marokko vorwärtkommen. ■

(Aus dem Französischen)



Driss Ksikes, geboren 1968 in Casablanca, ist Schriftsteller und Journalist. Der ehemalige Chefredaktor der Zeitschrift «TelQuel» (2001-2006) ist zurzeit Professor am Institut des hautes études de management in Rabat. Er steht an der Spitze des institutseigenen Forschungszentrums und seiner Zeitschrift «Economia». Driss Ksikes setzt in Zusammenarbeit mit mehreren Denkfabriken aus dem Maghreb und dem Mittelmeerraum Projekte im Medien- und Kulturbereich um. Unter anderem leitet er Schreibwerkstätten, ist Mitarbeiter mehrerer Kulturpublikationen und Verfasser von Erzählungen und Essays.



Bangladeschs junge Fotogarde

Das Spiel mit Farbe und Licht prägt die Bilder junger Fotografinnen und Fotografen aus Bangladesch. Entstanden sind sie im Rahmen eines Wettbewerbs, den die DEZA und die Schweizer Botschaft in Dhaka organisiert haben. Die zwölf Gewinnerfotos bieten faszinierende Einblicke in das Leben und die Kultur des Landes.

1



KULTUR

2



«Die Rolle der Kultur und gesellschaftliche Gegensätze, zwischen Tradition und Moderne» – so lässt sich der thematische Rahmen des Wettbewerbs umschreiben. Insgesamt sind 353 Bilder von 92 jungen Fotografinnen und Fotografen eingegangen. Zum Kreis der Gewinner gehört, als einzige Frau, auch die 25-jährige Aysha Siddiqua. «Fotografie ist meine Leidenschaft. Der Wettbewerb war eine einmalige Gelegenheit, meine kreative Vision der Welt zum Ausdruck zu bringen», hält die Amateurfotografin und Studentin Englischer Literatur fest. Als Preis des Wettbewerbs wurden die preisgekrönten Fotos öffentlich ausgestellt und

die Gewinnerin und Gewinner besuchten einen Workshop beim bengalischen Profifotografen GMB Akash. «Im Workshop konnte ich mich intensiv mit anderen Fotografen austauschen. Ich habe in diesen drei Tagen mehr gelernt als je zuvor», bilanziert Aysha Siddiqua. Mehr zum Foto-Wettbewerb auf www.focusonculture.net

3



4



1. Holi-Spass; *FH Priok*
2. Sakrain-Festival (jährliches Winterfest); *Md. Itmam Akif*
3. Leben und Kultur in Bangladesch; *Aysha Siddiqua*
4. Holi-Mädchen; *Sazid UL Haque*
5. Rakher Upobash (religiöses Fastenfest); *Ziaul Haque Oisharj'h*
6. Ein Schleier, der mein Gesicht versteckt; *Al Zihad*
7. Farbe der Freude am Holi-Festival; *Minhajul Abedin*
8. Portrait Holi-Festival (Hinduistisches Frühlingsfest); *Daud Khan.*

8



5

6



7





9



10

9. Zug in Bangladesch; *Mohammad Osman Goni*

10. Gebet; *Shaun Khan*

11. Rash Purnima (Heiliges Hindu- und Jain-Festival);
Mohammed Anamul Haque

12. Feiern des Ful Bizu-Festivals (grösstes sozio-religiöses Fest
der Chakma-Ethnie); *Malthas Chakma*



11

12



Service



Lehrmittel

Schulprojekt Menschlichkeit

(bf) Steigende humanitäre Bedürfnisse, regionale und internationale Krisen, Gewalt, Konflikte, Naturkatastrophen sowie komplexe regionale Situationen wie Zwangsumsiedlungen und Migration – all dies sind humanitäre Herausforderungen, die nachhaltige Lösungen fordern. Die Grundsätze der Menschlichkeit, der Unparteilichkeit, der Neutralität und der Unabhängigkeit bilden dabei die Basis sämtlicher humanitärer Aktionen weltweit. Um vertiefte Auseinandersetzung mit diesen Grundsätzen, den «humanitären Prinzipien» geht es bei «Project Humanity», einem neuen Schulprojekt und Lehrmittel der Humanitären Hilfe der Schweiz zum Thema Menschlichkeit für Schülerinnen und Schüler zwischen 13 und 18 Jahren. Nebst der Sensibilisierung haben die Jugendlichen die Möglichkeit, sich eine eigene Meinung zu bilden. Das Lehrmittel ist modular aufgebaut, kann als Projekt oder blockweise durchgeführt werden. Interessierte Lehrerinnen und Lehrer erhalten bei Bedarf kostenlose pädagogische Unterstützung. Ein Live-Austausch mit humanitären Fachleuten ist ebenfalls inklusive.

Weitere Informationen: <http://project-humanity.info/de>

Musik

Beeindruckend einzigartig

(er) Da singt oder besser scattet, spuckt und schreit vibrierend eine herrlich tiefdunkle und kehlige Stimme. Sie gehört der Brasilianerin Elza Soares. BBC kürte sie 2000 zur «Sängerin des Millenniums». Die auf ihrem 34. Studioalbum eingespielten Stücke sind alles andere als gefällig. Die 80-jährige Gesangsikone kleidet den Samba zusammen mit Avantgarde-Musikern aus São Paulo in ein verstörendes, experimentvolles und «dirty» Klanggewand. Die verzerrten, hie und da auch wohlklingenden Saitenriffs, grollen-

den Bläsersätze, peitschenden Perkussionsakzente und das schroffe Scratching unterstreichen Soares' provokant lautstark, manchmal geschmeidig sanft vorgetragenen Texte über Repression und Ungerechtig-



keit, über Arme, Frauen und Schwarze. Sie wurzeln in ihrer entbehrensreichen Favelas-Vergangenheit, in Beziehungskatastrophen und Alkoholproblemen und schliesslich in der durch viele Höhen und Tiefen geprägten musikalischen Karriere. Ihr bewegtes Leben ist auch die Geschichte ihres Landes, was in einem beeindruckend einzigartigen Meisterwerk einfließt.

Elza Soares: «The Woman At The End Of The World» (Mais Um Discos/Indigo)

Fabelhaft facettenreich

(er) Bei diesem ausgezeichneten dokumentierten Sampler kommt keine Langweile auf. Es ist eine hervorragende Präsentation von hierzulande praktisch unbekannt Gruppen, Künstlern und Künstlerinnen der aktuellen alternativen Musikszene in der Ukraine, angeregt wurde sie v. a. durch die vor drei Jahren auf dem Kiewer Maidan-Platz ausgelösten politischen Umwälzungen. Zu hören ist eine ausserordentliche, stilistische Vielfalt von Ethno-Chaos, Klezmer, Ukrobilly-Musik, von Maidan-Reggae bis zu Punk, Rock und Elektro. Das Timbre der dunklen slawischen Männer- und der hellen Frauenstimmen ist ebenso bunt und seelenvoll, kräftig, rau, belegt oder sanft und warm; dazu erklingen je nachdem Streich- und Blasinstrumente, Akkordeon, Dudelsack, Bass oder Perkussion. Damit entfaltet sich ein lauter, zukunftssträchtiger, dann auch leiser und wehmütiger Soundtrack, der zum Mitsummen oder -pfeifen stimuliert, aber hie und da auch zum Augenschliessen einlädt. So verführen die 16 facettenreichen, fabelhaften Tracks immer wieder zum Drücken der Repeat-Taste des CD-Players! Various: «Borsh Division – Future



Sound Of Ukraine» (Trikont/Musikvertrieb)

Unerhört berührend

(er) Diese 14 Tracks entstanden nicht in einem hochtechnischen Studio, ohne Mainstream-Zuckerguss. Sie wurden im Rahmen des «Zomba Prison Project» im inneren Bereich eines Hochsicherheitsgefängnisses in der südostafrikanischen Republik Malawi aufgezeichnet, einem der ärmsten Länder der Welt. In der ursprünglich für 340 Insassen anfang 20. Jh. gebauten Anstalt sitzen 2000 Personen ein. Einige von ihnen – wegen Mord oder Diebstahl verurteilte Männer und Frauen, unter 20- bis über 60-Jährige – standen vor dem Mikrofon oder spielten Gitarre. In ihren sehr karg instrumentierten Liedern setzten sie sich – auch mal a cappella – mit ihren Taten und dem Gefängnisalltag auseinander, meist in ihrer Muttersprache Chichewa. Diese ungefilterten, vereinzelt unvollendet wirkenden «Lieder der Ungehörten» sind harmonisch und melodisch, mal holprig und schräg. Die Falsettstimme eines Mannes oder das Trillern der Frauen tragen so ihre Botschaft «I Will



Not Stop Singing» über die Gefängnismauern hinweg, auf unerhört berührende Art und Weise!

Various: «I Will Not Stop Singing – Zomba Prison Project» (Six Degrees/Hoanzl)

Ganzheitliche Perspektive

(dg) Im Programm der 20. Filmtage21 stehen einmal mehr neue Filme, welche zusammen mit dem begleitenden Unterrichtsmaterial die Umsetzung von Bildung für nachhaltige Entwicklung unterstützen. Im Fokus stehen Themen aus den Bereichen Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft: Es geht um erneuerbare Energie in Dänemark, Mali und Spanien, um globale Klimagerechtigkeit und



um eine indigene Dorfgemeinschaft, die in Kolumbien einer gigantischen Kohlemine weichen muss. Am Beispiel von Palmöl, das in fast allen Lebensmitteln vorkommt, werden weltweite Zusammenhänge aufgezeigt. Zudem werden Alltagsgeschichten erzählt – von Aicha und ihren Freunden im Senegal oder von Anatole, der seinem Handicap schrittweise etwas Positives abzugewinnen vermag. Ein letzter Filmblock widmet sich den Chancen und Herausforderungen des Tourismus.

Filmtage 21 ab 8. März in St. Gallen, Chur, Zürich, Luzern, Fribourg, Brig, Basel und Bern, Programm: www.education21.ch/de/filmtage



Spezielle Patchworkfamilie

(wr) Seit der Trennung ihrer Eltern lebt Sara mit ihrer jüngeren Schwester Catalina bei der Mutter. Ihr Alltag besteht wie bei vielen Pubertierenden aus Schule, Schwesternknatsch, Herzklopfen bei einem der Klassenjungs, Hänseleien, Familientisch. Bald wird Sara ihren 13. Geburtstag feiern und plant dafür eine Fete zu Hause. Doch in der Schule hört sie ab und an Fragen, die sie verunsichern: Denn ihre Mutter hat ihren Vater für eine andere Frau verlassen, die nun mit ihnen zusammen lebt. Die chilenische Regisseurin Pepa San Martín hat für ihren Film «Rara» ein federleichtes Drehbuch über den Alltag einer Zwölfjährigen geschrieben, die aufgrund ihrer Situation täglich mit Genderfragen konfrontiert ist. Inszeniert hat sie es mit Sinn für die Bedeutung des Unscheinbaren, die kleinen Gesten, die nebenbei fallen gelassenen Sätze, die Blicke, die unseren Alltag prägen und ganz besonders den Alltag eines Kindes beeinflussen können.

«Rara» von Pepa San Martín, Spielfilm Chile 2016; DVD oder Onlinekino; www.trigon-film.org

Stimme für die Menschlichkeit

Bücher Als Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz IKRK hielt Cornelio Sommaruga 1987 bis 1999 wohl weit über 1000 Reden. Er ergriff das Wort für die Schwächsten, setzte sich ein für Freiheit, Gerechtigkeit, Respekt und Verantwortung. Er klagte die wiederholten Verstösse gegen

das humanitäre Völkerrecht an, in einer nach dem Fall der Berliner Mauer zunehmend kriegerischen Welt. Als brillanter Redner und Kommunikator machte der vielsprachige Jurist die Sprache zu einer der stärksten Waffen des IKRK. Die Publikation «Im weltweiten Einsatz für Humanität» stellt nun 18 Grundsatzreden in der jeweiligen Originalfassung und –sprache (Italienisch, Deutsch, Französisch, Englisch) vor. Die Texte werden einführend in einen historisch-politischen Zusammenhang gestellt. Ein separates Kapitel erläutert die grundsätzlichen Themen. Im Anhang finden Leserinnen und Leser ein systematisches Verzeichnis von 1100 Reden, die Sommaruga als Diplomat, IKRK-Präsident und Privatperson gehalten hat. «Im weltweiten Einsatz für Humanität – Cornelio Sommaruga – Präsident des IKRK 1987-1999 – Reden und Vorträge», Herausgegeben von Joseph Jung; Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich 2016

Die Flucht

(bf) Es ist ein schwieriges und schwer fassbares Thema für ein Kinder- und Jugendbuch, welches sich Francesca Sanna als Abschlussarbeit an der Hochschule Luzern vornahm, wo sie Design mit Spezialisierung auf Illustration studierte: Aus der Perspektive eines Kindes wollte die in Sardinien geborene und mittlerweile in Zürich lebende 27-Jährige von der Flucht einer Familie vor dem Krieg erzählen. Die Idee zum Buch hatte Sanna



nach der Begegnung mit zwei Mädchen in einem Flüchtlingszentrum in Italien. Anschliessend führte sie zahlreiche Gespräche mit Migrantinnen und Migranten. Mit dem Resultat reüssierte Francesca Sanna auf der ganzen Linie: Nicht nur ist der Illustratorin ein einnehmend dichtes, schönes und tiefeschürfendes Werk gelungen, das Buch überzeugt auch mit seiner Leichtigkeit und Relevanz. Und sie gewann damit 2016 gar die Goldmedaille in der Kategorie Buch der Society of Illustrators New York, dem Oscar der Illustratoren.

«Die Flucht» von Francesca Sanna; NordSüd-Verlag, Zürich 2016

Wie schmeckt Heimat?

(bf) Menschen, die gezwungen sind, aus ihrer Heimat zu fliehen, müssen meist so gut wie alles Materielle zurücklassen. Dafür bringen sie ein reiches kulturelles Gepäck mit – etwa ihre kulinarischen Traditionen. In der Schweiz lebende Flüchtlinge laden im aussergewöhnlichen Kochbuch «Heimat im Kochtopf», einem Projekt vom Verein Solinetz Zürich, zu Tisch und erzählen ihre Geschichte: aus Afghanistan, Eritrea, Guinea, Honduras, Irak, Jemen, Kurdistan, Libanon, Mongolei, Peru, Senegal, Sri Lanka, Südossetien, Syrien, Tibet und der Ukraine. Über das Kochen der vielfältigen Gerichte – von Fisch bis Fingerfood vom Gemüseintopf bis süssen Dessertreis – vermitteln die Rezepte und Geschichten einen ganz eigenen Zugang zu den persönlichen Schicksalen. Gleichzeitig zeigen sie den enormen sozialen Stellenwert, den das gemeinsame Essen besitzt.

«Heimat im Kochtopf» von Séverine Vitali und Ursula Markus, Rotpunktverlag Zürich



Indische Monstergeschichte

(bf) Der kleine Junge Moin zeichnet ganz furchtbar und ungerm. Als er jedoch eines nachts von einem Monster geweckt wird und dieses von ihm verlangt, dass er das Ungetüm zeichnet, ansonsten er in einen Koffer verwandelt würde, bleibt ihm nichts anderes mehr übrig. Das Ergebnis ist, wie könnte es anderes sein, ein komplettes Desaster. «Ich sehe aus wie eine Witzfigur», beklagt sich das Monster. «Dabei soll ich den Leuten doch Angst einjagen.» Die Inderinnen Anushka Ravishankar (Text) und Anitha Blachandran (Illustration) – beide wurden für ihre Werke mit verschiedensten Preisen ausgezeichnet – haben mit «Moin und das Monster» ein ebenso vergnügliches wie wunderliches Kinderbuch geschaffen, welches über alle Kulturen und Sprachen hinaus verzaubert.

«Moin und das Monster» von Anushka Ravishankar und Anitha Balachandran, Baobab Book, Basel 2016

Menschenhändler

(bf) Die Not der Flüchtlinge, die zu Tausenden an Europas Küsten stranden, ist für Schlepper, Kidnapper, Schmuggler, Dschihadisten ein Milliarden-geschäft. Aber auch Entführungen sind eine lukrative Finanzierungsquelle für den Terror – ihre Opfer sind zumeist westliche Journalisten und Journalistinnen sowie Mitarbeitende von Hilfsorganisationen.

Loretta Napoleoni, italienische Journalistin und Expertin für Terrorismus und dessen Finanzierung, schaut in ihrem



neuen Buch «Menschenhändler» hinter die Kulissen dieses einträglichen Geschäftsmodells. Das Buch basiert auf einer Vielzahl von exklusiven Gesprächen mit ehemaligen Geiseln, Unterhändlern und Mitarbeitenden der UNO oder des IKRK. Aus diesen Protokollen wird das hochprofessionelle Netzwerk von Menschenhändlern deutlich, das sich von Westafrika

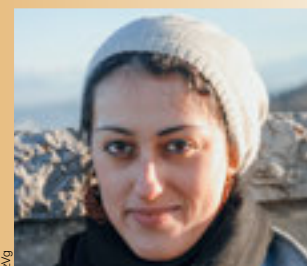
über Libyen und von Syrien bis nach Europa erstreckt und aus dem heute Terrororganisationen wie al-Qaida und der sogenannte Islamische Staat buchstäblich Kapital schlagen – die Mitauslöser der Flüchtlingskrise sind gleichzeitig deren grösste Profiteure.

«Menschenhändler. Die Schattenwirtschaft des islamistischen Terrorismus» von Loretta Napoleoni, Rotpunktverlag Zürich 2016

EDA-Spezialisten kommen zu Ihnen

Verschiedenes Möchten Sie sich aus erster Hand über die schweizerische Aussenpolitik informieren? Referentinnen und Referenten des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) stehen Schulklassen, Verbänden und Institutionen für Vorträge und Diskussionen zu zahlreichen aussenpolitischen Themen zur Verfügung. Der Vortragsdienst ist kostenlos, kann seine Dienstleistungen jedoch nur innerhalb der Schweiz anbieten, und es sollten mindestens 30 Personen an der Veranstaltung teilnehmen. *Informationen: Vortragsservice, Information EDA, Bundeshaus West, 3003 Bern; Tel. 058 462 31 53, Mail: vortragsservice@eda.admin.ch*

Fernsucht



Aufbruch ins Ungewisse

Der Kurzfilm «Parvaneh» der iranisch-schweizerischen Regisseurin Talkhon Hamzavi wurde 2015 für den Oscar des besten Kurzfilms nominiert. Momentan realisiert sie einen Spielfilm.

Die Puppe, die mir meine Tante zum Abschied in Teheran geschenkt hatte, vergass ich im Flugzeug. Die Prozedur am Zoll fühlte sich endlos an. Kindliche Bilder und schmerzliche Gefühle des Abschieds, ein Aufbruch ins Ungewisse. Inzwischen habe ich Gewissheiten gefunden: Kunst und Film, Geschichten und Bilder liegen mir näher als Zahlen und Formeln. Das Haus meiner Grossmutter gibt es heute nicht mehr. Die Schweiz ist zu meiner Heimat geworden, es geht uns so gut hier. Was andernorts auf der Welt geschieht, lässt sich gar nicht in Worte fassen. Ist es heute viel schlimmer als früher, oder wissen und sehen wir heute einfach viel mehr davon? Das Glück und die Chancen sind nicht gleich verteilt unter den Menschen und Kulturen. Nicht, dass ich diese Vibrationen für meine Filme suche, doch sie fließen auch in unseren neuen Film ein, für den natürlich das Geld fehlt. Er handelt von Liebe, Mut und Aussichtslosigkeit, Schweiz, Syrien und Türkei. Sowohl für die Realisierung wie den Inhalt des Films gilt: Die Hoffnung stirbt zuletzt. Genau wie in George Orwells Buch «Farm der Tiere», das ich immer wieder gerne lese.

(Aufgezeichnet von Jens Lundsgaard-Hansen)

Impressum

«Eine Welt» erscheint viermal jährlich in deutscher, französischer und italienischer Sprache.

Herausgeberin

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Redaktionskomitee

Manuel Sager (verantwortlich)
George Farago (Gesamtkoordination)
Sylvie Dervey, Beat Felber, Barbara Hell,
Marie-Noëlle Paccolat, Christina Stucky,
Özgür Ünal

Redaktion

Beat Felber (bf – Produktion)

Luca Beti (lb), Jens Lundsgaard-Hansen (lh),
Zélie Schaller (zs), Jane-Lise Schneeberger
(jls), Fabian Urech (fu), Ernst Rieben (er)

Gestaltung

Laurent Cocchi, Lausanne

Lithografie und Druck

Stämpfli AG, Bern

Wiedergabe

Der Nachdruck von Artikeln ist, nach Bewilligung durch die Redaktion, unter Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht

Abonnemente und Adressänderungen

«Eine Welt» ist gratis (nur in der Schweiz) erhältlich bei: Information EDA, Bundeshaus West, 3003 Bern

E-Mail: deza@eda.admin.ch
Tel. 058 462 44 12
Fax 058 464 90 47
Internet: www.deza.admin.ch

860215346

Der Umwelt zuliebe gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Gesamtauflage: 47 400

Titelseite: Arbeiterinnen und Arbeiter einer Kohlenmine in Südafrika; Roger Cremers/laif

ISSN 1661-1667

«Frauen und Mädchen machen fünfzig Prozent der Weltbevölkerung aus – ich denke nicht, dass es zu ambitioniert ist, ihre Menschenrechte sicherzustellen.»

Phumzile Mlambo-Ngcuka, Seite 12

«Natürlich gab es mehrere Versuche, mich zu entmutigen und meine Arbeit zu untergraben.»

Mohna Ansari, Seite 22

«Die Puppe, die mir meine Tante zum Abschied in Teheran geschenkt hatte, vergass ich im Flugzeug.»

Talkhon Hamzavi, Seite 35
